



Archiv

WESTFALENHÜTTE DORTMUND A.G.

MITTEILUNGSBLATT

Nr. 2

Februar 1951

3. Jahrgang



Der
Walzwerker

Nodmals die Brennstoff-Frage

Da die Koksversorgung unseres Werkes von einschneidender Bedeutung für unser Werk und damit für jeden einzelnen geworden ist, soll hier nochmals darauf eingegangen werden. Hat doch die zu geringe Koksuteilung nunmehr zu weiteren Einschränkungen in der Betriebsweise geführt mit Auswirkungen für viele Belegschaftsmitglieder ebenso wie für unsere Abnehmer. Da bei den Abnehmern wiederum unser Material weiterverarbeitet werden soll, stehen eine ganze Reihe kleinerer Werke vor den gleichen oder vor noch ernsteren Sorgen wie wir selber.

Zunächst sei bezüglich der Gesamtversorgungssituation nur so viel gesagt, daß am 3. Februar nach schwierigen Verhandlungen endlich von der Ruhrbehörde die Herabsetzung der Export-Quote um 550 000 Tonnen genehmigt wurde, wie ja aus den Zeitungen bekannt ist. Da mit dieser Menge ein Exportrückstand aus dem Vorjahre verrechnet wird, ist kaum eine Erleichterung zu erwarten. War doch von deutscher Seite eine Herabsetzung um 1,1 Mio. Tonnen für den dringendsten Bedarf verlangt worden. Bisher ist so viel bekannt geworden, daß trotz dieser Exportherabsetzung für uns sogar noch mit einer weiteren Kürzung bis Ende März zu rechnen ist. Im übrigen soll am 14. 2. von der Ruhrbehörde über das zweite Quartal verhandelt werden. Die von deutscher Seite vorgeschlagene Exportziffer beträgt 4,9 Mio. Tonnen. Diese Zahl dürfte gegenüber der jetzt zuge-

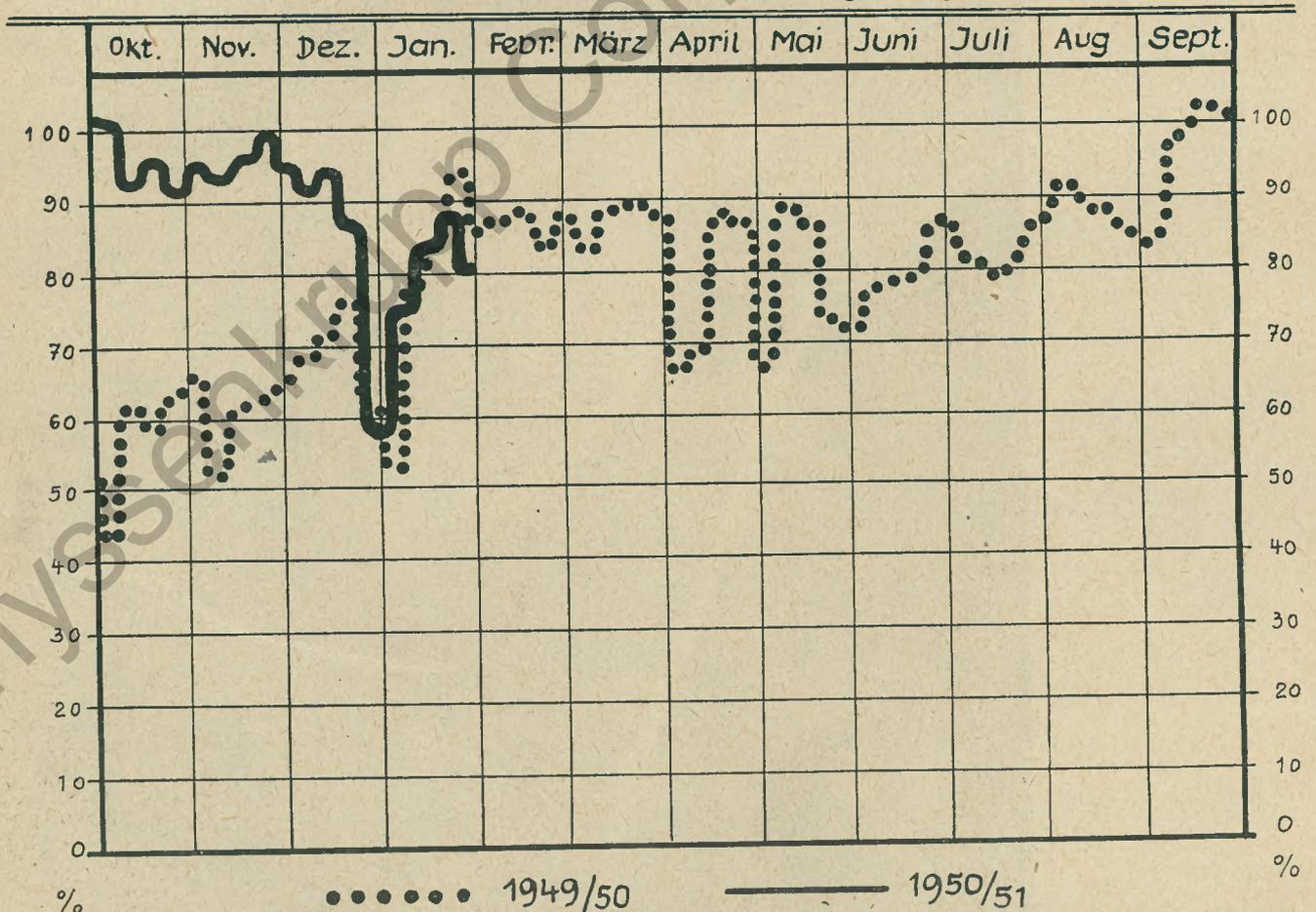
teilten Exportmenge von 6,1 Mio. Tonnen für das erste Quartal den Fehlbedarf der deutschen Industrie genügend charakterisieren, zumal für das zweite Quartal auch der Hausbrand zurückgehen wird.

Da die zugeteilte Koksmenge nur für den Betrieb mit drei Hochöfen ausreichend ist, ist z. Z. tatsächlich die entsprechende Roheisenproduktion die Grundlage unserer Rohstahlerzeugung. Wenn auch die Leistung dieser drei Hochöfen im Januar als gut zu bezeichnen ist, so daß noch eine Rohstahlproduktion von 85 000 Tonnen im Januar erreicht wurde, so war sie doch nicht ausreichend für die Beschäftigung unserer Walzwerke. Die notwendige Einschränkung betraf hauptsächlich unsere Straße III, wo die Belegschaft, nur auf einer Schicht beschäftigt, inzwischen ihren ganzen Sommerurlaub genommen hat.

Für einige Betriebe: Fünf-Tage-Woche

Da nun dieser als vorübergehend angesehene Zustand der Einschränkung zunächst für den Februar weiter bestehen muß, wurden die Maßnahmen notwendig, die ab 12. Februar anlaufen, nämlich die Einführung der Fünf-Tage-Woche in einigen Betrieben. Es handelt sich um das Thomaswerk, die Stabstahlstraße VIII, die Drahtstraße und die Blechstraße II. Zunächst einmal wird hierfür so viel Rohstahl weniger verbraucht, daß die Straße III auf einer Schicht weiter arbeiten kann. Die Stilllegung von Zwei-Wochen-Schichten im Thomaswerk ist eine Maßnahme, die sich

Unsere Rohstahlerzeugung



Obige Darstellung zeigt die Rohstahlerzeugung unseres Werkes in den Geschäftsjahren 1949/50 und 1950/51. Als Meßzahl wurde eine Rohstahlerzeugung von 100 000 t monatlich (= 23 769 t wöchentlich) zugrundegelegt. Die Kurve zeigt, wie sich unsere tatsächliche Rohstahlerzeugung zu dieser angenommenen Meßzahl prozentual verhält.

ergibt auf Grund der geringen Roheisenlieferung vom Hochofen her. Das Thomaswerk kann auf diese Weise zweimal im Laufe der Woche die Mischer füllen und jedenfalls in den Produktionsschichten mehr produzieren als bisher. An die zwei Stillstandsschichten des Thomaswerkes angeschlossen, wird auch die Blockstraße I stillliegen, da für ihre Beschäftigung der Rohstahl fehlt. Zur Überbrückung arbeitet dann auf dieser Schicht die Straße III.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch das Blechwalzwerk Barop, das die dort notwendige Einschränkung so verkraftet, daß eine Straße durchgehend stillgelegt wird.

Nach Anblasen von Ofen I sollte das Thomaswerk wieder voll arbeiten, und damit auch die Blockstraße I, die Straße III sogar wieder auf der zweiten Schicht. Die anderen genannten Straßen — also Drahtstraße, Straße VIII und Blechstraße II — sollten zunächst in der genannten Weise weiterarbeiten.

Bei den jetzt gerade bekanntgegebenen Zahlen der Koksuteilung bis Ende März besteht jedoch kaum eine Aussicht, den vierten Hochofen anzublasen, wie es zunächst noch für Ende Februar vorgesehen war. Dies bedeutet eine Rohstahl-Produktion von etwa 75 000 Tonnen und damit die Beibehaltung der eingeschränkten Arbeitsweise. Die in den Tageszeitungen genannten Abkommen über Zusatzkohle aus Amerika sind noch durchaus im Verhandlungsstadium. Und trotz größter Bemühungen auch unsererseits ist jedenfalls für die nächste Zeit mit greifbaren Ergebnissen nicht zu rechnen.

Härteausgleich für die Belegschaft

Durch die getroffenen Maßnahmen, die nach Überlegungen zwischen Vorstand und Betriebsvertretung als unumgänglich anerkannt wurden, ist einmal insofern ein Härteausgleich für die Belegschaft erreicht worden, daß nun auch andere Straßenbelegschaften mit einzelnen freien Tagen in der Woche betroffen

werden, nachdem die Leute der Straße III bisher am stärksten betroffen gewesen waren. Hieraus ergibt sich auch in der Versorgung unserer Abnehmerschaft eine Verlagerung der Fehlmengen. Bisher waren die Aufträge der Straße III zurückgeblieben, und zwar schon so lange, daß dies nicht mehr tragbar war. Nunmehr werden auch andere Abnehmer, und zwar auch von der Blechseite, mitbetroffen, was bei dem Rückgang unserer Rohstahlproduktion auf weit unter 80 000 Tonnen unvermeidbar ist.

Es wurde schon im letzten Mitteilungsblatt darauf hingewiesen, daß unsere größte Sorge hierbei die Belieferung von Hohenlimburg ist, da dies Werk gewissermaßen als eigener Betrieb mit seiner Beschäftigung und damit auch seiner Belegschaft von uns überwiegend abhängig ist. Die übrigen für die Einschränkung nicht genannten Betriebe arbeiten voll durch. Das Martinwerk beabsichtigt, sogar die Arbeitszeit am Sonntag möglichst weitgehend auszunutzen, da jede Tonne Rohstahl mehr zwei bis drei Verdienstage bedeutet.

Hinsichtlich einer Besserung der Lage möchten wir heute bestimmte Zusagen nicht machen. Bis Ende des ersten Quartals, also bis Ende März, ist nur zu hoffen, daß ein Abschluß über die Zusatz-Koksmengen zustande kommt. Für das Hüttenwerk würde dieses eine ganz wesentliche Erleichterung bedeuten, für die Abnehmerschaft aber nur bedingt, da an diese Kokslieferung auch entsprechende Gegenlieferungen gebunden sind. Es ist also eine grundlegende Änderung und Besserung erst zu erhoffen für das zweite Quartal. Hierüber sind am 14. Februar die Verhandlungen der Ruhrbehörde zu erwarten. Bis dahin dürfte es müßig sein, irgendwelche Entwicklungsaussichten zu nennen. Letzten Endes werden auch die dort zu erwartenden Entscheidungen ihre Grundlage in den großen politischen Problemen haben, in deren Unsicherheit sich gewissermaßen auch die Unsicherheit unserer Werkslage widerspiegelt.

Wie die Schlacke verwertet wird

In unsere Hochöfen wandern täglich viele tausend Tonnen Eisenerz und werden dort in Roheisen umgewandelt. Neben dem flüssigen Roheisen entsteht bei diesem Umwandlungsvorgang auch die flüssige Hochofenschlacke. Dies ist die Schmelze der erdigen Bestandteile von kieseliger, toniger oder kalkiger Natur, die die Eisenerze enthalten.

Als man noch keine Schlackenverwertung im heutigen Sinne kannte, wurde die Hochofenschlacke als Abfallprodukt behandelt, und so entstanden die großen Schlackenhalde. Diese Halde sind eine fühlbare Belastung der Hüttenwerke. Sie sind dem weiteren Ausbau der Werke im Wege, entziehen der landwirtschaftlichen Nutzung wertvolles Gelände und verunstalten das Landschaftsbild. Deshalb ist die Verwendung der Hochofenschlacke eine wichtige Aufgabe und gleichzeitig eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

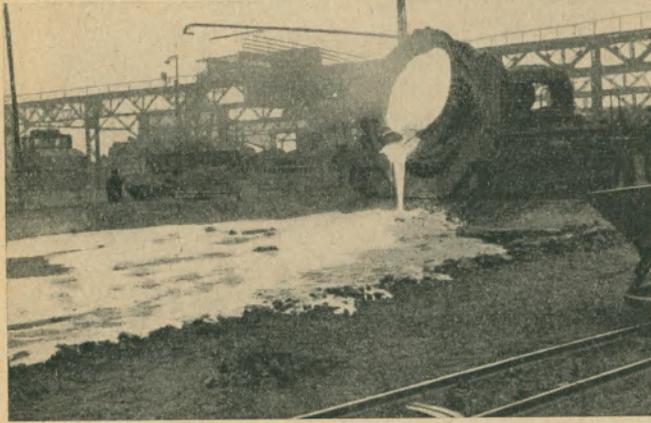
Heute begegnet uns die Hochofenschlacke in vielerlei Gestalt: als Bestandteil von Zement, als Betonsplitt, als Straßenbaustoff, Gleisschotter, Düngemittel, Baustein und Isolierstoff. Etwas für die Wirtschaft Nützliches läßt sich aus jeder Hochofenschlacke machen. Alles, was sich aus der Hochofenschlacke gewinnen läßt, geht auf vier Grundformen zurück, die unmittelbar aus der flüssigen Schlacke gewonnen werden, und zwar: Hochofenstückschlacke, Schlackensand, Hüttenbims und Schlackenwolle. Nachstehende Zusammenstellung gibt die wichtigsten Verwendungsgebiete jedes Erzeugnisse an (nach Keil).

Erzeugnisse aus Hochofenschlacke	Verwendungsgebiet
Hochofenstückschlacke (gesteinsartig):	Gleisbau, Betonbau
Pflastersteine, Formsteine	Straßen- und Wasserbau
Packlage	Landwirtschaft
Schotter, Splitt	

Erzeugnisse aus Hochofenschlacke	Verwendungsgebiet
Brechsand geteierter oder bitumierter Schotter und Splitt zur Herstellung von Hüttenkalk.	
Schlackensand (sandartig mit hydraulischen Eigenschaften): als hydraulischer Zusatzstoff und Rohstoff zur Herstellung hydraulischer Bindemittel als Mörtel und Betonsand als Bergeversatz zur Herstellung von Hüttensteinen zur Herstellung von Hüttenkalk	Betonbau Bergbau Hochbau Landwirtschaft
Hüttenbims (porig mit Bimsstruktur): als Wärmedämmstoff als Zuschlagstoff für Leichtbeton zur Herstellung von Hütten-schwemmsteinen	Wohnungs- und Industriebau
Schlackenwolle (faserig): als Dämmstoff gegen Wärme und Schall	Wohnungs- und Industriebau
Die in unserem Hochofenbetrieb anfallende Schlackenmenge ist recht erheblich. Sie liegt im Mittel bei 45 000 t im Monat. Davon entfallen auf	
Schlackensand	12 000 — 14 000 t
Stückschlacke, Erzvorbereitung	12 000 — 13 000 t
Stückschlacke, Edelsplittanlage	ca. 5 000 t
Stückschlacke, unaufbereitet	ca. 8 000 t
Rohschlacke Anl. Weber (Edelsplitt)	ca. 5 000 t

Voraussetzung für die Erreichung dieser Zahlen sind natürlich normale Verhältnisse. Wird die Schlacke nicht unmittelbar am Hochofen geschäumt oder granuliert, wie das bei uns der Fall ist, muß sie zunächst einmal vom Hochofen wegbefördert werden. Da die Hochofenschlacke spezifisch wesentlich leichter ist als Roheisen, ist raummäßig weit mehr Schlacke zu bewältigen als Roheisen.

Von unseren Hochöfen sind täglich 120 Schlackenpfannen abzufahren. Die Pfannen bestehen aus zwei starr miteinander verbundenen Fahrgestellen. Zwischen ihnen ist mit zwei drehbaren waagerechten Zapfen ein Tragring mit einem

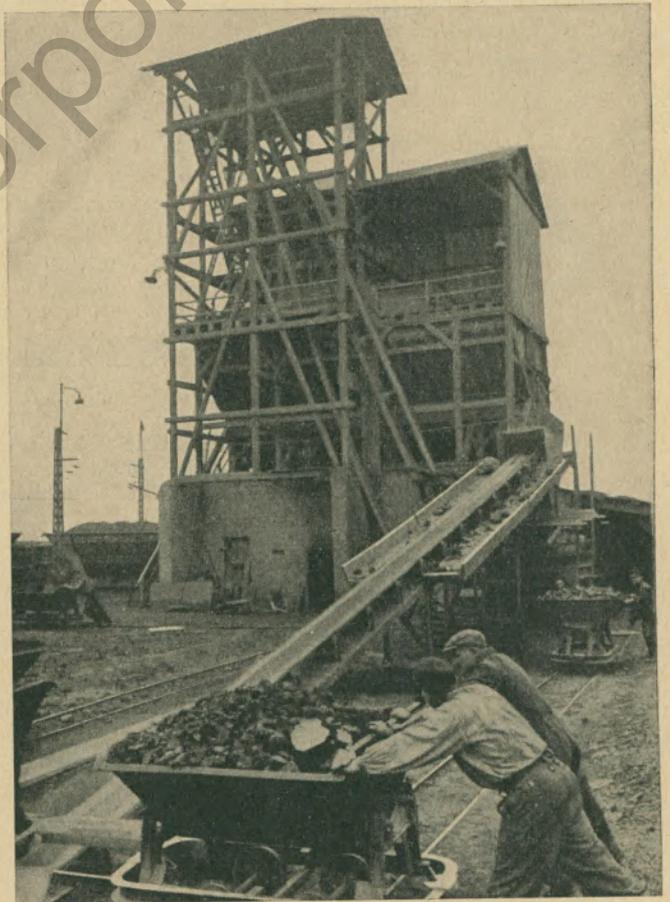


Blechtrog aufgehängt. Die Zapfen sind mit einem Zahntrieb versehen, der es ermöglicht, sie in ihren Auflagern zu drehen und die Pfannen zu entleeren. In dem Blechtrog werden die Einsätze aus Hämatitguß zur Aufnahme der Schlacke befestigt. Der Rauminhalt der Pfannen liegt bei etwa 11 m³, d. h. sie nehmen, da sie nicht bis zum Rand gefüllt werden können, etwa 15 bis 18 t flüssige Schlacke auf. Die Schlacke hält sich in diesen Pfannen sehr lange flüssig; sie kann noch nach 2 bis 3 Stunden vergossen werden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich auf dem Boden und an den Wänden des Einsatzes infolge der guten Wärmeleitung des Hämatitgusses sofort eine erstarrte feste Kruste bildet, die sich nur langsam verstärkt, weil die Schlacke ein schlechter Wärmeleiter ist.

Die flüssige Schlacke wird also in den Schlackenpfannen von unseren Hochöfen zur Schlackenhalde gefahren. Hier werden die Pfannen von dem Vorarbeiter der Granulierung nach dem Verwendungszweck aussortiert. Helle, warme Schlacke wird zur Zentralgranulierung, gutflüssige, dunkelgefärbte Schlacke wird zu den Gießfeldern, dickflüssige und zu kalte Schlacke zur Blockkippe gelenkt. Aus der Schlacke, die zur Zentralgranulierung geht, wird der Schlackensand gewonnen. Die Gewinnung des Schlackensandes ist von allen Erzeugnissen aus der Hochofenschlacke am einfachsten und kann auf verschiedenen Wegen geschehen. Wir haben auf unserer Hütte zwei Granuliermühlen nach dem System Operbeck. Eine Mühle besteht aus einem gußeisernen Gehäuse von 2,5 m Durchmesser und enthält einen von oben angetriebenen dreistufigen Teller, der mit versetzt angeordneten Schlagwinkeln versehen ist. Die flüssige Schlacke läuft in einem möglichst gleichbleibenden Strahl durch eine Zulaufrinne in die Granuliermühlen. Bei der Sanderzeugung muß die flüssige Schlacke schnell abgekühlt und gleichzeitig zu Sand zerteilt werden. Das wesentliche Kühlmittel ist immer das Wasser. In der Zulaufrinne kommt das Wasser mit dem flüssigen Schlackenstrahl zusammen und kühlt die Schlacke ab, in der Mühle wird die abgekühlte Schlacke zerschlagen und zu Sand zerteilt. Der so entstandene Schlackensand fällt durch einen Bunker über eine Rutsche in bereitstehende Selbstentlader und wird dann zur Zementfabrik gefahren. Wir erzeugen mit den beiden Mühlen im Tagesmittel 500 t mit einem Nässegehalt von etwa 6,5%. Die Granulierzeit einer Pfanne liegt bei 15 bis 20 Minuten.

In der Granulierung kann nur die flüssige Schlacke verarbeitet werden, die bei zu langer Transportzeit nur zwei Drittel des Pfanneninhaltes ausmacht. Die übrigbleibenden Schalen werden an der Blockkippe entleert. In unserer Zementfabrik wird der Schlackensand zu Hüttenzement weiterverarbeitet. Die zu den Gießfeldern dirigierte Schlacke dient zur Erzeugung von Hochofensstückschlacken, die in der Hauptsache als Straßenbaustoffe Verwendung finden. Als Hochofensstückschlacke bezeichnet man die kristallisierte Hochofenschlacke, weil sie im Gegensatz zu dem körnigen Schlackensand in stückiger

Form in den Handel kommt. Durch langsames Abkühlen erreicht man, daß die Schlacke in den kristallisierten Zustand überführt wird. Aus diesem Grunde wird die Schlacke aus der Pfanne langsam in das vorbereitete Gießfeld ausgegossen, und zwar wird der Inhalt von 3 bis 4 Pfannen übereinander gekippt. Zu dem Schlackenzufuhrgleis steigen die Felder allmählich an, damit der Schlackenstrahl zuerst nicht zu tief fällt und verspritzt und ein gleichmäßiges Einfließen der Schlacke ermöglicht wird. Der Boden der Gießfelder wird laufend aufgelockert, damit das Regenwasser sich nicht ansammeln kann. Bei feuchtem Untergrund entsteht nämlich eine starke Dampfbildung, die zu einer porigen Schlacke führt, die für die Herstellung von Straßenbaustoffen nicht geeignet ist. Nach jedem Ausräumen werden die Felder ausgeharkt und mit feinkörnigem Splitt ausplaniert. Das Aufbrechen der Schlacke geschieht von Hand mit der Spitzhacke und ist eine sehr schwere körperliche Arbeit, die nicht von jedem Mann geleistet werden kann. Die losgebrosene Schlacke wird auf Loren geladen und zum Aufgabebunker der Prallmühle gefahren. Mit einem Drahtgurtband wird die Schlacke gleichmäßig in die Mühle gefördert und kommt in den Prallraum der Maschine. Durch ein schrägliegendes Sieb rutscht die Schlacke nach und wird von den Schlagleisten des Rotors erfaßt und gegen die erste Prallplatte geworfen. Bei dem Aufprall wird die Schlacke zertrümmert und fällt auf das Sieb und auch wieder gegen die Schlagleisten des Rotors zurück. Dieser Vorgang wiederholt sich so lange, bis das Schlackenstück so klein ist, daß es von einer Schlagleiste unter der ersten Prallplatte mit hindurchgenommen und gegen die zweite Prallplatte geschleudert wird. Geht das Brechgut unter der zweiten Prallplatte durch, fällt es durch den Auslauftrichter über eine Rutsche in den nachgeschalteten Feinkreiselsieb. Hierbei werden die größeren Schlackenstücke noch einmal nachgebrochen. Mit einem Becherwerk wird die so gebrochene Schlacke der Klassieranlage zugeführt.



Im Gegensatz zu den anderen Schlackenzerkleinerungsanlagen, bei denen das Material gequetscht und dadurch zertrümmert wird, liegt das Wesen der Prallmühlenerkleinerung darin, daß das Material mit Wucht gegen die Prallplatten geschleudert und durch die Wucht beim Auftreffen zertrümmert wird. Die Klassierungsstufen sind 0—3 mm, 3—7 mm und 7—15 mm. Das Material über 15 mm wird in einem Walzenbrecher nochmal nachgebrochen, so daß, wenn kein Bedarf in der Korngröße 15—35 mm vor-

liegt, das ganze Material zu Splittkorn gebrochen werden kann. Das in der Edelsplittanlage erzeugte Material wird für den Straßenbau verwandt, und zwar für die Straßenoberflächenbehandlung. Von uns geht der erzeugte Edelsplitt zu Teeranlagen und von dort zu den Baustellen.

Wie schon oben erwähnt, gehen die Schlackenschalen und die zu kalten Pfannen zur Blockkippe und werden dort gekippt. Damit keine Störungen beim Entleeren der Pfannen durch Festsetzen der Schalen in den Einsätzen auftreten, ist an jedem Einsatzboden eine Einspritzdüse angebracht. An dieser Düse wird ein Wasserschlauch angeschlossen. Beim Eintritt des Wassers bildet sich Wasserdampf, durch dessen Druck die feststehenden Schalen und Blöcke herausgedrückt werden.

Die an der Blockkippe gestürzte Schlacke wird mit Baggern wieder auf Selbstentladern geladen und geht teils als Baggerschlacke in den Handel, teils wird sie zur Erzvorbereitung gefahren und dort aufbereitet. Die Baggerschlacke geht direkt im Landabsatz in den Handel oder sie wird zum Hafen gefahren und dort auf Kähne umgeschlagen.

An der Erzvorbereitung wird das Material in einen Aufgebunker gegeben und geht über einen Aufgabeschuh auf

ein Transportband. Mit diesem Band wird die Schlacke zum Vorbrecher gefahren, der die Schlacke auf eine Korngröße von 80—120 mm bricht. Der Vorbrecher ist ein Kreisbrecher mit einer maximalen Leistung von 300 t/h. Von hier aus wird das Material mittels Transportband zum Nachbrecher geschafft. Dieser ist auch ein Kreisbrecher, der das Material auf eine Korngröße von maximal 70 mm bricht.

Diese gebrochene Schlacke wird mit einem Transportband in die Sieberei geschafft und hier in die Klassierungsstufen 0—10 mm, 10—30 mm, 30—70 mm und über 70 mm abgeseibt. In diesen Korngrößen geht die Schlacke als Siebgrus, Splitt und Kleinschlag in den Handel. An der Erzvorbereitung kann das Material im Landabsatz auf Lastwagen abgegeben, auf Staatsbahnwagen zum direkten Versand aufgegeben oder aber auf Selbstentladern zum Hafen gefahren werden. Das von der Schlacke mitgeführte Eisen wird mit zwei Magneten, von denen einer vor dem Vorbrecher und der zweite vor der Sieberei sitzt, herausgezogen und dem Hochofen wieder zum Einsatz zugeführt. Die hier aufbereitete Schlacke findet im Straßenbau, Wasserbau und als Betonzuschlag Verwendung.

VOM ARBEITSKREIS

Wie wir bereits in unserem Mitteilungsblatt vom Oktober 1950 berichteten, hat sich auf unserem Werk auf Anregung des Arbeitsdirektors Berndsen und des Betriebsratsvorsitzenden Schwentke ein Arbeitskreis jüngerer Betriebsangehöriger gebildet. Entsprechend des diesem Kreis gesetzten Zieles wurde im Laufe der letzten Monate ein abwechslungsreiches Arbeitsprogramm durchgeführt.

Nach entsprechenden Einführungsvorträgen wurden eingehende Betriebsbesichtigungen des Hochofens mit Nebenanlagen sowie der Stahlwerke vorgenommen.

Dipl.-Ing. Peters vermittelte Grundkenntnisse in der Metallkunde. Dipl.-Ing. Goldstein berichtete in anschaulicher Weise von seinem Studienaufenthalt in England. Lebhaftes Interesse fand der Vortrag des Prof. Dr. Graf vom Max-Planck-Institut über das Thema „Der Mensch im Betrieb“. Über die Gesellschaftsformen in der Wirtschaft sprach Dipl.-Kaufm. Woelki. Einen wertvollen Einblick in die Geheimnisse der „Schwarzen Kunst“ gewann der Arbeitskreis unter Führung von Redakteur Hoischen durch die Besichtigung der Verlagsanstalt „Westfalendruck“, in dem ja auch unser Mitteilungsblatt gedruckt wird.

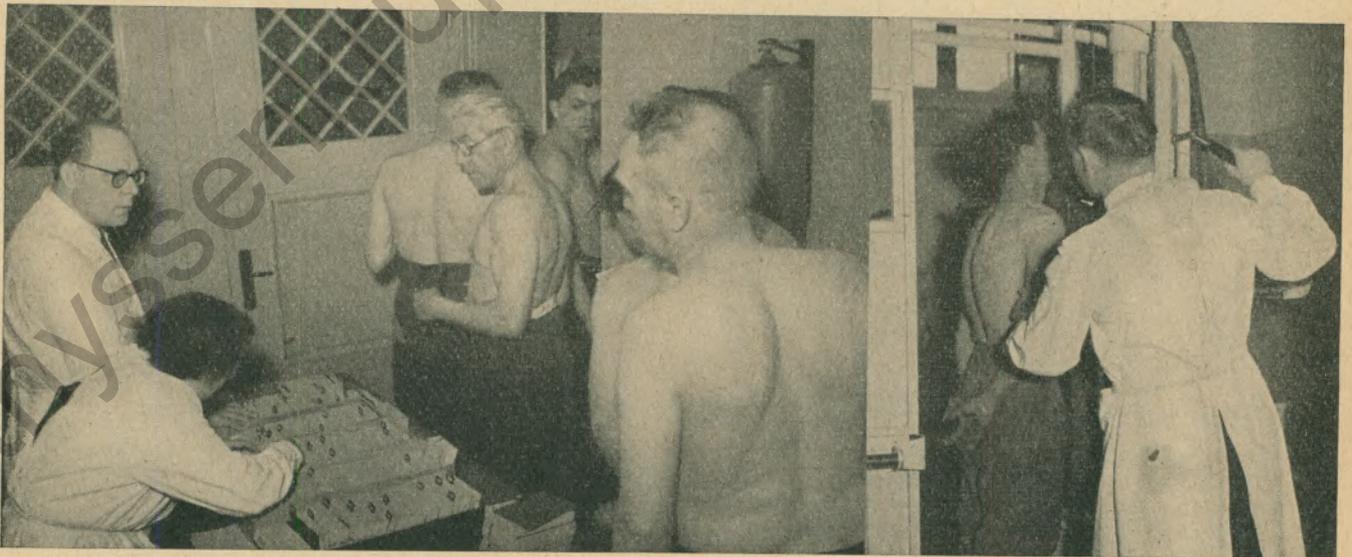
Der gegebenen Situation entsprechend referierte Gewerkschaftssekretär Sander über den Kampf um die Mit-

bestimmung. Die anschließende Diskussion zeigte, daß gerade dieser gewerkschaftlichen Forderung das größte Interesse entgegengebracht wird und daß unsere jungen Gewerkschaftler in diesem Arbeitskreis fruchtbringende Arbeit zu leisten vermögen. Zur Abrundung dieses Gespräches wird Rechtsanwalt Duvernell, Dozent für Rechtswissenschaften an der Sozialakademie in Dortmund, über die rechtlichen Voraussetzungen der Mitbestimmung sprechen.

Durch die Ausführungen des Prof. Graf auf die Auswirkungen der Fließbandarbeit auf den Menschen wurde der Wunsch laut, die Ford-Werke in Köln zu besichtigen. Durch die Bemühungen der Leitung des Arbeitskreises wurde durch Arbeitsdirektor Berndsen diese Besichtigung am 29. Januar ermöglicht, die eine Fülle neuer Eindrücke vermittelte. Eine Diskussion über die dortigen Arbeitsverhältnisse steht noch aus.

An einem der nächsten Abende spricht Dr. phil. Dr. med. Herbert Meckies, Schwerte, über die menschliche Arbeitskraft. Schon das bisher durchgeführte Programm zeigt, daß der Arbeitskreis auf dem richtigen Wege ist. Auf Grund der hier gewonnenen Erfahrungen planen weitere Hüttenwerke, ähnliche Ausbildungseinrichtungen ins Leben zu rufen.

RÖNTGEN-REIHENUNTERSUCHUNG



Im Kampfe gegen den schleichenden Tod Tuberkulose (vergl. Artikel in der Dezember-Ausgabe 1950 unseres Mitteilungsblattes) sind in unserer werksärztlichen Dienststelle die Röntgen-Reihenuntersuchungen angelaufen. Täglich werden mehrere hundert Betriebsangehörige unter-

sucht, um die Aktion möglichst rasch durchführen zu können. Die Untersuchung soll jährlich wiederholt werden. Sie gestattet uns, alle Frühfälle an Tuberkulose rechtzeitig zu erkennen und gegebenenfalls Streuherde auszuschalten. Um eine klare Übersicht zu gewährleisten, wird von jedem Betriebsangehörigen eine Karteikarte mitfotografiert.

Wieviel ist eine treue Frau wert?

Die englische Gesetzgebung ist in vielen Punkten von der deutschen Rechtsprechung sehr unterschiedlich. Sie kennt zum Beispiel einen Schadenersatzanspruch für den betrogenen Ehemann, und daher bewertet der englische Scheidungsrichter die eheliche Harmonie nach Pfund Sterling. Die Fälle, in denen der Liebhaber einer pflichtvergessenen Ehefrau verhältnismäßig hohe Entschädigungen an den betrogenen Ehemann zu zahlen hat, werden mehr und mehr bekannt, und die zu zahlenden Summen variieren derart, daß jetzt Stimmen laut werden, die einen fest geregelten Schadenersatz sehen wollen.

Vor nicht allzulanger Zeit verurteilte ein Richter einen Mann für die Verführung einer Ehefrau zu einer Buße von 3500 Pfund. Die Ehefrau, entsetzt über die Höhe der Summe, die ihr ehemaliger Mann verlangte, wandte sich erregt an das Gericht und wurde darauf gefragt, ob sie glaube, nicht soviel wert zu sein! Da auf diese direkte Frage mit einer Antwort nicht zu rechnen war, mußte die genannte Summe gezahlt werden, die später einer wohltätigen Stiftung übergeben wurde. In anderen Fällen, die häufig grelles Licht hinter die Kulissen der sogenannten „guten Gesellschaft“ werfen, wurden Bußen bis zu 7500 Pfund verlangt und genehmigt, da meist die soziale Lage der Parteien berücksichtigt wird. Ein professioneller Eintänzer erhielt ein Jahreseinkommen zugebilligt, da er ohne seine Frau, die seine Lebens- und Berufspartnerin war, geschäftlich geschädigt war. In einem anderen Falle wieder stellte sich das Gericht nicht auf den Standpunkt eines klagenden Mannes, der einige hundert Pfund verlangte. Der Richter sah sich die Akten der Frau an, unterrichtete sich über die Vergangenheit und über ihren jetzigen Lebenslauf und entschied mit den Worten: Ich glaube nicht, daß der Wert dieser Frau 50 Pfund übersteigt!

Da nun einmal eheliche Treue stufenmäßig nicht bewertet werden kann, entscheidet jeder Richter nach eigenem Ermessen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nur die Verfehlungen der Frau vor die Schranken des Gerichts kommen, und dies wird der Grund sein, daß soziale und wirtschaftliche Frauenorganisationen gemeinsam ihre Stimme erheben, um

diese Formen eines „menschlichen Viehmarktes“ zu bekämpfen. Sie sagen mit Recht, daß der Sklavenhandel der Vergangenheit angehöre, und nur der englische Scheidungsrichter behandle Frauen, als ob sie Tiere seien, die gekauft und verkauft werden können.

Ein Offizier beklagte sich kürzlich vor Gericht, daß ihm ein finanziell bessergestellter Stadtrat seine bessere Hälfte abspenstig gemacht habe und erhielt als Trost 400 Pfund, während ein anderer Mann, dessen Frau mit ihrem Geliebten vier Wochen an die Riviera fuhr, nur 300 Pfund zugebilligt bekam. Da der Liebhaber aber für die ungesetzliche Hochzeitsreise nach Italien seine gesamten Ersparnisse verbraucht hatte, zeigte der Richter ein Einsehen und setzte die von dem Liebhaber zu zahlende Entschädigung auf 125 Pfund fest. Ein Geschäftsmann erhielt für die Frau, die vor Gericht als besonders anziehend und wirkungsvoll bezeichnet wurde und ihren Mann jahrelang nach Strich und Faden betrog, bis er hinter ihre Schliche kam, 1500 Pfund als Schmerzensgeld, und ein Metzger, dessen Frau „höher hinaus“ wollte, erhielt 500 Pfund, da er dem Gericht plausibel machte, daß er nun eine Kraft einstellen müsse, die Wurst und Schinken verkaufen könne.

Alle diese Fälle lassen klar erkennen, daß es nur einen recht zweifelhaften Tarif für die pflichtvergessenen Ehefrauen gibt, deren Wert man nach dem sozialen Stand des Mannes errechnet und nach dem Schaden, den er durch den Verlust einer Köchin, einer Kinderversorgerin, einer Hilfe im Geschäft oder auch nur durch den Verlust einer repräsentativen Augenweide erleidet. Unberücksichtigt bleibt in England, ob es sich um einen unbeabsichtigten Unglücksfall, ein dargerndes Hintergehen, um eine Spielerei oder um eine krankhafte Veranlagung handelt. Das ist vor allem der Grund, daß sich jetzt die englischen Frauenverbände mit diesen Problemen beschäftigen: das Scheidungsverfahren in England soll nicht mehr im Rahmen eines Viehmarktes oder einer Auktion durchgeführt werden; der Pausus, daß nur der Mann einen Schaden bei Verlust anzumelden hat, soll verschwinden, und kein Richter in England soll in Zukunft mehr die eheliche Treue wertmäßig beziffern.

Peter Priestley, London

Vom Ehestand

Wie oft ist der Ehestand ein solches Jericho, wo alles über und über geht; wie oft ist der Ehestand ein Garten, wo nichts anderes wächst als Trübnuß; wie oft ist der Ehestand ein Juwelierladen, wo nichts anderes sind als Schlaguhren; wie oft ist der Ehestand ein Tisch, worauf man nichts anderes setzt als Krüge und Flaschen; wie oft ist der Ehestand ein Ofen, wo man mit nichts anderem einheizt als mit Prügeln; wie oft ist der Ehestand eine Karte, wo man nichts anderes spielt als Bastioni; wie oft ist der Ehestand eine Erzgrube, woraus man nichts anderes gräbt als Zankeisen;

wie oft ist der Ehestand ein ABC, worin der größte Buchstabe das W; wie oft ist der Ehestand ein Spital, worin die größte Sucht die Eifersucht; wie oft ist der Ehestand ein Himmel, worin nichts anderes gesehen wird als Unstern; wie oft ist der Ehestand eine Jagd, allwo man zum öfteren fängt die Elend-Tiere; wie oft ist der Ehestand eine Prozesion, wo allzeit das Kreuz vorangeht; wie oft ist der Ehestand ein Tempel, worin nur St. Notburga und nicht St. Felicitas verehrt wird; wie oft ist der Ehestand ein Wald, in dem alles Holz wächst außer dem Segenbaum!

Abraham a Sancta Clara (1642—1709)

Papa kommt von Schicht

Ein Dichter könnte es gefühlvoll schildern, ein Maler könnte es in leuchtenden Farben malen: das älteste Kind stürzt sich jubelnd in Vaters ausgebreitete Arme, das jüngste Kind winkt von Mutters Schoß — Mutter „ganz groß“ mit Zierschürzchen und frisch onduliert — mit einem Blumenstrauß. So könnte es sein.

Im grauen Alltag ist es meist anders: müde kommt der Mann nach Hause. Vielleicht hat er noch nicht seinen Mantel ablegen können, da überfällt ihn die Frau: „Das war heute wieder eine Last mit den Blagen! Otto hat keine Kohlen aus dem Keller geholt; Else ist wieder frech gewesen und Paul will keine Schulaufgaben machen. Ich hatte den Bälgern schon angedroht: ‚Wartet nur, wenn der Papa von Schicht kommt, der wird's euch schon geben!‘ Jetzt lege sie aber auch alle übers Knie, damit sie Respekt vor dir haben! Aber natürlich: du nimmst sie ja immer in Schutz! Aber das sage ich dir . . .“ Und so geht das weiter, bis dem Mann der Geduldsfaden reißt und er erst auf den Tisch

und dann auf die Kinder haut. Und so wird der Papa für die Kinder zum „Böllemann“: „Wartet nur, wenn der Papa von Schicht kommt . . .!“

Vielleicht geht es auch anders: die Frau stellt die Aufzählung der tagsüber sich ereigneten kleinen häuslichen Sorgen zurück und gönnt dem abgearbeiteten Mann zunächst einmal seine wohlverdiente Ruhe. Sie macht ihm die erste Stunde nach seiner Heimkehr besonders nett und schafft ihm dadurch das Gefühl des „Zuhause“, nach dem er sich vielleicht schon in den Arbeitspausen, mindestens aber auf dem Nachhausewege, sehnen kann und dann auch sehnen wird. Nichts haßt ein Mann mehr als Schimpfen, und mag der Anlaß noch so begründet erscheinen. Vielleicht fragt sich diese oder jene Frau mal in einer ruhigen Stunde, woran es liegen mag, daß der Mann unlustig nach Hause kommt oder gern unterwegs „hängenbleibt“.

„Papa kommt von Schicht . . .!“ Das darf nicht zu einem Schreckgespenst für die ganze Familie werden!

Blick IN DIE PRESSE

Kampf gegen Preissteigerungen ist Existenzfrage

Wirtschaftspolitisch Unkundige oder Böswillige äußern weniger in der Öffentlichkeit als in privaten Unterhaltungen, daß „Lohnerhöhungen zu Preissteigerungen führen“ müssen bzw. daß die Preissteigerungen auf Lohnerhöhungen zurückzuführen seien. Es ist deshalb interessant, den nachfolgenden Auszug aus einem Artikel zu lesen, den der Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Bundestagsabgeordnete Hans Schmitz (CDU), unter der obigen Zwischenüberschrift in der „Deutschen Wirtschaftszeitung, Handelsblatt, Düsseldorf“ in der Ausgabe vom 31. Januar 1951 veröffentlicht.

... Heute überschattet die Preisentwicklung schon die Frage der Mitbestimmung. Die Gefahr ist groß, daß sich die Unternehmerschaft von den Ereignissen überraschen läßt. Jedenfalls sind die öffentlichen Appelle aufgeklärter Unternehmer zu einer Aktivierung der Selbstdisziplin der Wirtschaft im wesentlichen bisher ohne Echo geblieben.

In den letzten Wochen haben sich bei den meisten Konsumgütern Preiserhöhungen gezeigt, die weit über die tatsächlichen und unvermeidlichen Auswirkungen der Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten hinausgehen.

Wenn das bei einer noch relativ ausgeglichenen Versorgungslage festgestellt werden muß, so kann man nur mit größter Sorge der Zukunft entgesehen. Bei einem Versagen der Wirtschaft lassen sich Zwangsmaßnahmen der Regierung kaum vermeiden. Die Marktwirtschaft wäre in der deutschen Öffentlichkeit auf unübersehbare Zeit hin diskreditiert, Zwangskontrollen der Behörden und bürokratische Eingriffe würden das Übel noch vergrößern. Der neue Entwurf eines Wirtschaftsstrafgesetzes, der vom Bundesrat vorgelegt wurde, ist ein warnendes Beispiel...

Die Folgerung aus diesen Erkenntnissen ist klar:

Man kann den Arbeitnehmern den großen Verzicht auf eine Lohnanpassung nur dann zumuten, wenn Industrie und Handel zu entsprechenden Opfern bereit sind.

Opfer dieser Art können aber nicht auf dem Wege platonischer Proklamationen gebracht werden. Sie setzen ein großes Maß von Verantwortungsbewußtsein voraus. Dieses Verantwortungsbewußtsein muß sich schnellstens in praktischen Taten auswirken. Sie können nur durch enge Zusammenarbeit der Sozialpartner erzielt werden. Der vom Verfasser seit einem halben Jahr geforderte paritätische Ausschuß wird mit jedem Tag dringlicher. Der offene Einblick in die beiderseitige Situation wird den Entschluß beider Teile verstärken, fühlbare und wirksame Opfer zu bringen. Es bedarf dabei nicht einmal sosehr eines Appells an den Idealismus der Beteiligten. Der nüchterne gesunde Menschenverstand wird jedem Unternehmer, Arbeiter und Angestellten klarmachen, daß der kompromißlose Kampf gegen weitere Preissteigerungen für ihn zu einer Existenzfrage wird...

Unter ehrbaren Kaufleuten

Eine Lockerung der kaufmännischen Sitten und Verstöße gegen alte anerkannte Prinzipien kann man seit langem feststellen. Die Hoffnung, es handele sich dabei um einzelne und vorübergehende Fälle, hat sich leider nicht erfüllt. Als die Mißstände zunahm und schließlich ein großes Ausmaß erreicht hatten, wurden sie von den Spitzenverbänden der Wirtschaft des Bundesgebietes in einem Aufruf offen gebrandmarkt. Seit diesem Appell ist über ein Vierteljahr vergangen, ohne daß, soweit wir feststellen können, eine Besserung eingetreten wäre. Im Gegenteil: Es gibt heute einige Branchen, in denen die Gefahr besteht, daß in aller Regel das Gegenteil von dem getan wird, was ein ehrbarer Kaufmann als rechtens empfindet. Die eigentliche Ursache solchen Verhaltens ist fast immer dieselbe: Es ist der Versuch, jedes mit der Konkurrenz untrennbar verbundene Risiko dem Gegenkontrahenten, bei Marktfülle also zunächst dem Lieferanten, zuzuschieben. In diesem Falle wie in vielen anderen bleibt die bedauerliche Tatsache festzustellen, daß Wettbewerbswirtschaft bejaht wird, wenn sie Chancen eröffnet. Bekommt man aber die ihr ebenso eigenen Risiken zu spüren, so sucht man sich diesen auf irgendeine, nötigenfalls sehr robuste Art zu entziehen. Mancher Kaufmann

verfügt heute offenbar nicht über die für die Marktwirtschaft erforderliche persönliche und sachliche Reife. (Deutsche Wirtschafts-Zeitung, Stuttgart.)

Westdeutscher Luxus in dänischem Lidt

Zwei neue Nachtclubs, ein Luxushotel, zwei Kabarett-Theater, vier Weinstuben und ein Delikatessengeschäft im Warenhausformat wurden in diesem Herbst binnen einer Woche in einer westdeutschen Großstadt von 500 000 Einwohnern neueröffnet, obgleich dort bereits zwölf Luxusbars, elf mondäne Nachtclubs, siebzehn elegante Weinstuben und sieben erstklassige Hotels existieren. Zu den auch im Ausland hörbaren kritischen Stimmen über diese westdeutsche Situation gesellt sich die dänische Zeitung „Politiken“. Das Blatt fragt, wie diese Zahlen möglich seien in einem Land mit acht Millionen Flüchtlingen, fünf Millionen Häuserruinen und einer Arbeiterschaft mit einem durchschnittlichen Monatslohn von 236 DM. Einen Hauptgrund sieht die dänische Zeitung in der westdeutschen Steuergesetzgebung, die es durch die abzugsberechtigten „Repräsentationskosten“ ermögliche, daß jemand im Bundesgebiet tatsächlich 5000 DM im Monat verdienen, 4000 DM in Restaurants ausgeben und nur 1000 DM versteuern könne. (Schleswig-Holsteinische Volkszeitung.)

Erschreckende Zunahme der Sittlichkeitsdelikte

Obwohl die allgemeine Kriminalität beständig absinkt, steigen die Zahlen der Sittlichkeitsdelikte rapide. Die Statistik des Kriminalpolizeiamtes für die britische Zone, die vor kurzem veröffentlicht wurde, führt dabei eine eindringliche Sprache:

	1947	1948	1949
Gesamtdelikte	1 272 167	970 321	717 713
Sittlichkeitsdelikte	4 504	8 316	14 187
davon Notzucht	672	925	1 338
unzüchtige Handlungen mit Kindern	1 697	3 195	5 511

Das bedeutet eine Zunahme um mehr als das Dreifache des Standes von 1947. Dabei rechnet die Polizei, daß sie nur 10 v. H. der wirklich begangenen Taten erfährt. In Nordrhein-Westfalen wird jede vierte Stunde ein Sittlichkeitsdelikt an einem Schulkind begangen. Die Gerichte verhandelten Fälle, bei denen sich Männer 500- bis 600mal an Kindern vergangen hatten. (Kölnische Rundschau.)

USA-Pläne für Europas Industrie

Washington: Die führenden amerikanischen Persönlichkeiten befassen sich zur Zeit mit einem Plan, der die systematische Erhöhung der gesamten westeuropäischen Produktion zum Gegenstand hat. Die amerikanischen Projekte für eine Erhöhung der europäischen Produktion stützen sich auf folgende Beobachtung: Im Jahre 1950 produzierte ein amerikanischer Arbeiter in einer Arbeitsstunde viermal mehr als ein europäischer Arbeiter. Es liegt kein Grund vor, weshalb eine solche Differenz zwischen der amerikanischen und europäischen Produktion dauernd bestehen bleiben sollte. Wenn man den europäischen Arbeitern die modernen Werkzeuge gibt, die sie benötigen, kann die Rendite der europäischen Industrie sehr beträchtlich erhöht werden. Eine nicht minder wichtige Feststellung ist folgende: Von 1940 bis 1950 waren die Vereinigten Staaten in der Lage, nicht nur die gewaltigen Kriegsanstrengungen zu meistern, sondern darüber hinaus noch ihre Produktion an Konsumgütern gewaltig zu steigern und damit den Lebensstandard des amerikanischen Volkes zu erhöhen. Die Kriegsanstrengungen der Industrie wurden mit einer solchen Weitsicht berechnet, daß im Jahre 1945 nach Kriegsende ein sehr beträchtlicher Teil der Produktionskapazität für die Herstellung von Konsumgütern verwendet werden konnte. Unter Berücksichtigung der verminderten Kaufkraft des Dollars kann man sagen, daß sich das amerikanische Nationaleinkommen in den letzten zehn Jahren annähernd verdoppelt hat. Es ist von 135 Milliarden Dollar im Jahre 1940 auf 250 Milliarden im Jahre 1950 gestiegen. Die Arbeitswoche des amerikanischen Arbeiters für die Herstellung einer bestimmten Warenmenge hat sich von 45 auf 41 Stunden vermindert. Alles in allem haben sich die Vorteile auf der Verbesserung der Produktion ungefähr gleichmäßig auf eine Lohnerhöhung und eine Herabsetzung der Arbeitszeit verteilt. (Weser-Kurier, Bremen.)

Der Werksarzt spricht:

Vom Zucker, Blutzucker und der Zuckersteuer

Der Zucker ist eines der wichtigsten Nahrungsmittel des Menschen. Ohne Zucker ist der Mensch nicht in der Lage, zu leben. Wir nehmen den Zucker in den verschiedensten Formen in uns auf, als Rohr- und Rübenzucker, Traubenzucker, Fruchtzucker oder Milchezucker. Alle diese Zucker sind chemisch nahe miteinander verwandt. Sie bauen sich auf als Kohlenstoff, Sauerstoff und Wasserstoff. Daher rührt auch der Sammelname Kohlehydrate. Zu den Kohlehydraten zählen weiter alle Mehle, die Stärke, das Kartoffelmehl. Diese setzen sich aus Zuckern zusammen und werden bei der Verdauung im Körper zu Zucker abgebaut. Selbst die Zellulose, der Hauptbestandteil aller Pflanzen und der Hölzer, besteht aus Zuckermolekülen. Der Mensch ist jedoch nicht in der Lage, wie Kuh und Pferd, diese Zellulose zu verdauen.

Der Zucker wird vom Darm aufgesogen und der Blutbahn zugeführt, wobei die aus Zucker zusammengesetzten Mehle vorher in ihre Bausteine, eben Zucker, gespalten werden müssen. Es kreist ein dauernder Zuckerstrom im Blut, der nie abreißen darf, wenn nicht die Existenz des ganzen Organismus aufs Spiel gesetzt werden soll. Plötzlich einsetzendes Schwächegefühl mit Schwindel und Schweißausbruch sind mahrende Zeichen dafür, daß der Zuckerspiegel beim Hungern bedrohlich absinkt. Nahrungszufuhr läßt diesen Zustand rasch abklingen, besonders rasch dann, wenn wir reinen Zucker zu uns nehmen, weil dieser am schnellsten resorbiert wird.

Dieser im Blut kreisende Zucker ist der Blutzucker. Bei vielen löst dieses Wort einen Schrecken aus und wird mit der Annahme verbunden, daß dahinter eine besonders böartige Krankheit steckt, was gar nicht der Fall ist. Ohne Blutzucker kein Leben! Ständig wird Zucker im Körper verbrannt, um unsere Körpertemperatur zu erhalten. Jede kleinste Bewegung eines Muskels geht mit Zuckerverbrauch einher. Ein fein abgestimmter Mechanismus regelt über Nerven, Hormone und Fermente den gesamten Zuckerhaushalt. Wird dem Körper reichlich Zucker zugeführt, so steigt der Gehalt des Blutes an Zucker an. Da das Angebot durch Verbrennung und Muskelbewegung nicht voll verbraucht wird, wird eine Zuckerreserve in der Leber angelegt. Von diesem immer vorhandenen Zuckervorrat hat die Tierleber, die wir zur Ernährung aufnehmen, ihren oft stark süßlichen Geschmack. Bei plötzlichen körperlichen Anstrengungen werden diese Reserven rasch in den Blutkreislauf geworfen, damit überall da, wo erforderlich, genügend Betriebsstoff vorhanden ist. Man kann ohne weiteres den Zucker im Körper mit dem Benzin beim Auto vergleichen und die Leber mit dem Benzintank. Ohne Benzin im Tank rührt sich das Auto nicht. Hat die Leber und damit das Blut keinen Zuckervorrat, so ist man schlapp und kann sich nicht bewegen.

In der Leber findet bei genügendem Angebot an Zucker außerdem noch eine Umwandlung desselben in Fett statt. Das hat nun wieder nichts mit der berüchtigten Leberverfettung zu tun, denn nach erfolgtem Umbau von Zucker in Fett gibt die Leber das Fett wieder frei, und es wandert auf dem Blutwege zu den natürlichen Ablagerungsstellen. Das ist der Vorgang der Mästung, den wir ja vom

Schwein her kennen. Die Schweinemast wird im wesentlichen mit Mehl, also praktisch mit Zucker, bewerkstelligt, wobei sich der eben skizzierte Vorgang abspielt. Der zur Fettleibigkeit Neigende möge hieraus seine Schlüsse ziehen — natürlich nur, wie er zur Vermeidung weiteren Fettansatzes seine Ernährung einrichten sollte.

Wenn wir hören, daß auf Zuckerwaren eine erhebliche Steuer gesetzt werden soll, so kann man dagegen vom ärztlichen Standpunkt nur Bedenken äußern. Nach dem oben Gesagten spielt der Zucker eine ganz wesentliche Rolle in der menschlichen Ernährung, besonders aber in der Ernährung des Kindes. Das Kind verbraucht vergleichsweise mehr Kalorien als der Erwachsene, weil die Körperoberfläche relativ größer ist und damit auch der dauernde Wärmeverlust an die Umgebung. Außerdem ist das gesunde Kind im Wachzustand dauernd in Bewegung und Unruhe, es muß sich täglich einmal austoben. Das bedeutet

RECHTHABER

Seine Meinung ist die rechte,
Wenn er spricht, müßt ihr verstummen,
Sonst erklärt er euch für schlechte
Oder nennt euch gar die Dummen.

Leider sind dergleichen Strolche
Keine seltene Erscheinung.
Wer nicht taub, der meide solche
Ritter von der eignen Meinung.

Wilhelm Busch

aber Betriebsstoffverbrauch, und Betriebsstoff ist in erster Linie Zucker, der in Massen in Bewegung und Wärme umgesetzt wird. Dieser Verbrauch muß wieder ersetzt werden, soll der Aufbau des Körpers nicht stocken oder die Abwehrkraft gegen Krankheiten nicht gedrosselt werden. Freilich könnten die benötigten Zuckermengen auch über Brot und Kartoffeln dem Körper zugeführt werden. Das lehnt der kindliche Organismus aber ab, und den Geschmackswünschen muß hier Rechnung getragen werden. Es muß auch bedacht werden, welche Entbehrungen die heranwachsende Generation in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ernährungsmäßig schon hinter sich hat. Die beste Ernährung ist für diese Generation zu fordern, denn sie wird die ungeheuer große Aufgabe vor sich sehen, mit ihrer Hände Arbeit das immer größer werdende Heer der Arbeitsunfähigen und Alten mitzuernähren. Die Tüte mit Süßigkeiten ist deshalb, zumindest für das Kind, kein Luxus, im Gegenteil, sie ist Nahrungsmittel in konzentrierter Form. Wenn tatsächlich die Zuckersteuer unumgänglich sein sollte, dann müßte ein Weg gefunden werden, wenigstens den Kindern dieses wichtige Nahrungsmittel zu erhalten.

Es kann vorkommen . . . ,

daß ein Angestellter ins Wochenende fährt — sagen wir einmal: nach Ostwestfalen. Das ist nicht weit und ist schnell zu erreichen.

Es kann vorkommen, daß er am Montag nicht früh genug aus den Federn kommt, um rechtzeitig im Büro zu sein. Es kann sogar vorkommen, daß er zum Bahnhof stürzt und dort nur noch das Schlußlicht „seines“ Zuges sieht. Wie gesagt: das alles kann vorkommen.

Tableau! Wenn der nächste Zug nur so abfährt, daß unser Angestellter erst zwei Stunden später im Büro sein kann. Das ist Pech, ist furchtbar traurig, denn „Pünktlichkeit ist die Tugend der Könige!“

Aber alles das kann vorkommen. Und weil es vorkommen kann, haben die Chefs dafür durchaus Verständnis, denn — für den einzelnen — „das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder . . . !“ Hoffentlich.

Und deshalb ist es selbstverständlich und geziemt sich für einen gesitteten Mitteleuropäer im allgemeinen und

für einen Mitarbeiter seinem Chef gegenüber im besonderen, wenn unser „Spätheimkehrer“ sich sofort zu seinem Chef begibt, um sein Zuspätkommen glaubhaft zu entschuldigen. Das darf nicht nur vorkommen, das muß vielmehr so sein.

Ein Zuspätkommen ist ärgerlich, für alle Beteiligten. Aber es ist kein Weltuntergang und keine Detonation einer Atombombe. Und es braucht keine atomäre Kettenreaktion auszulösen: Telegrafentamt — Telegramm mit hundertund-drei Wörtern — autschreckende Telefonistinnen — telegrammüberfallene Chefs — Kopfschütteln der Kollegen — grinsendes Augenplinkern — kichernde Kolleginnen (man bedenke und berechne die hierdurch sich in trigonometrische Größen dehnende verlorene Arbeitszeit!) —, und ehe der ganze Spuk vorüber ist, sitzt unser Spätheimkehrer längst wieder auf seinem Platz im Büro.

Entschuldigung ist gut. Entschuldigungssucht ist nicht gut. Reden ist Silber. Schweigen (über das notwendig zu sagende hinaus) ist Gold. Ein Telegramm braucht kein Diamant zu sein. Manchmal ist es Blech!

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Januar ihr Dienstjubiläum feiern:

25jähriges Dienstjubiläum

Schrader, Heinrich	Masch.-Abt. Hochofen	Rheintal, Josef	Hammerwerk
Gies, Paul	Zementfabrik	Wiese, Emil	Martinwerk
Schnatz, Heinz	Werk Barop	Misselke, Eduard	Versuchsanstalt
Boer, Erich	Eisenbahnabteilung		

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

Das müssen Sie wissen

Schon die französischen Moralisten des 18. Jahrhunderts setzten sich mit den ewigen Problemen des „Menschlich-Allzumenschlichen“ auseinander. Wir bringen nachstehend einige ihrer Aussprüche, die zum Nachdenken und zur Besinnung anregen.

Die meisten Menschen leben so unüberlegt, daß sie die Welt, die sie doch immer vor Augen haben, überhaupt nicht kennen. Es geht ihnen wie den Maikäfern, die auch nichts von Naturgeschichte verstehen. Chamfort

Es gibt wenig Menschen, die nicht den Wunsch haben, von Zeit zu Zeit ihrer Verdienste versichert zu werden. Vauvenargues

Tritt eine Idee in einen hohlen Kopf, so füllt sie ihn völlig aus — weil keine andere da ist, die ihr den Rang streitig machen könnte. Montesquieu

Armut stürzt mehr Menschen in Schmach und Schande als lasterhafte Gesinnung. Vauvenargues

Ein Dummkopf ist ein Mensch, der seine Stellung mit sich selbst verwechselt, sein Ansehen als Verdienst erachtet und seinen Ruf für das Ergebnis seiner Tüchtigkeit hält. Chamfort

Wichtig tun ist der Schild des Dummen. Montesquieu

Höflichkeit ist die Blüte der Menschlichkeit. Höflich sein, heißt menschlich sein. Joubert

Wer keinen Charakter hat, ist kein Mensch, sondern eine Sache. Chamfort

Der Ehrgeiz befällt kleine Seelen leichter als große, wie Strohhütten leichter Feuer fangen als Paläste. Chamfort

Vorfrühling

Die Sonne wartet schon auf Blumen,
Die braune Erde ist ganz warm,
Und aus den nackten Ackerkrumen
Streckt schon ein Hälmlchen seinen Arm.

Ein Käfer - rostrot - steht verwundert,
Mein Fuß hat ihm den Weg verstellt.
Und in den Sträuchern schwatzen hundert
Verliebte Spatzen in die Welt.

Robert Seitz

Kranke sind menschlicher und bescheidener als Gesunde. Vauvenargues

Furcht und Habgier sind die Ursachen der Grausamkeit. Abbé Galiani

Reichtum ist ein Unrecht, das man wiedergutzumachen hat. Zumindest sollte der Reiche seines Geldes wegen um Entschuldigung bitten. Montesquieu

Bunter Abend

Sonnabend, den 24. Februar 1951

findet um 19 Uhr im Assauer-Kino,
Oesterholzstraße, ein „Bunter Abend“
statt

Es wirken mit:

Annemarie Wagner	klassische Solotänzerin	2 Potthoffs . . .	Akrobaten
Henny Liebler . . .	Soubrette	2 Meradys . . .	Die Musikschau der
Hanns Baritz . . .	Bariton		Sonderklasse
Bernd Wagner . . .	„Der Sorgenbrecher“	Anita und Fred	komische Akrobaten

Das Werksorchester unter Leitung von Georg Saunus
Es konferiert und plaudert Max Schallon

Eintrittskarten

zum Preise von 0,50 DM sind bei der Sozialabteilung (Büro für Veranstaltungen und Erholung) erhältlich

Land- und Pensionsaufenthalte 1951

Im Einvernehmen mit dem Betriebsrat hat sich die Werksleitung bereit erklärt, die Land- und Pensionsaufenthalte für erholungsbedürftige Belegschaftsmitglieder weiterzuführen.

Die Entscheidung über die Erholungsbedürftigkeit trifft der Werksarzt. Anträge zur Teilnahme an einem Land- bzw. Pensionsaufenthalt sind bei der Sozialabteilung (Büro für Veranstaltung und Erholung) zu stellen. Von dort aus erfolgt auch die Festsetzung der Aufenthaltstermine.

Da uns für die Erholungsaufenthalte nur eine bestimmte, gleichbleibende Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht, ist es unbedingt notwendig, mit der Erholungsaktion schon Mitte Februar zu beginnen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß im allgemeinen die Sommermonate für den Urlaub genommen werden. Um zu verhüten, daß einzelne Erholungsbedürftige infolge Überanmeldung nicht teilnehmen können, ist es ratsam, daß auch die Zeiten im Frühjahr sowie im Herbst für die Erholung ausgenutzt werden. Im allgemeinen weisen wir darauf hin, daß die Dauer des Erholungsaufenthaltes auf den Tarifurlaub angerechnet wird.

Auskunft in allen diesbezüglichen Fragen erteilt die Sozialabteilung (Büro für Veranstaltung und Erholung). Die Reisettermine sind wie folgt festgelegt:

13. Februar	Münsterland	14. Februar	Sauerland
27. Februar	"	28. Februar	"
13. März	"	14. März	"
27. März	"	28. März	"
10. April	"	11. April	"
24. April	"	25. April	"
8. Mai	"	9. Mai	"
22. Mai	"	23. Mai	"
5. Juni	"	6. Juni	"
19. Juni	"	20. Juni	"
3. Juli	"	4. Juli	"
17. Juli	"	18. Juli	"
31. Juli	"	1. August	"
14. August	"	15. August	"
28. August	"	29. August	"
11. September	"	12. September	"
25. September	"	26. September	"
9. Oktober	"	10. Oktober	"

Anmeldungen zur Teilnahme an einem Erholungsaufenthalt werden frühestens vier Wochen vor dem jeweils angesetzten Termin angenommen.

Mitbestimmung gesetzlich verankert

Das Mitbestimmungsrecht im Bereich von Stahl und Kohle wird gesetzlich verankert! Darüber besteht bei Redaktionsschluß (15. 2. 1951) kein Zweifel mehr. Nach dem Verlauf der gestrigen Debatte im Bundestag zur ersten Lesung des Gesetzes ergibt sich, daß die SPD, CDU und das Zentrum für das Gesetz abstimmen werden. Dagegen — und das wollen wir uns merken — sprachen sich aus: die FDP, die Deutsche Partei, die Deutsche Rechtspartei, die Bayern-Partei, die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung und — die Kommunisten! Trotzdem: die gesetzliche Verankerung des Mitbestimmungsrechtes wird kommen.

Mit der gesetzlichen Verankerung des Mitbestimmungsrechtes ist eine entscheidende und weittragende Forderung der Gewerkschaften realisiert worden.

Wenige Stichworte zur Vorgeschichte: Das Mitbestimmungsrecht ist eine alte gewerkschaftliche Forderung. Es wird in diesem Zusammenhang unsere Kolleginnen und Kollegen interessieren, daß das langjährige Betriebsratsmitglied der alten Hoesch AG., Adolf D ü n n e b a c k e, jetzt Bürgermeister in Berlin-Wilmersdorf, in einer im Jahre 1932 erschienenen Schrift „Das Werk, Erfahrungen und Überlegungen aus zehnjähriger Betriebsarbeit“, diese Forderung sehr klar herausstellte.

Wir wissen, daß mit den meisten gewerkschaftlichen Forderungen auch die Forderung auf Mitbestimmung durch die nach 1924 wiedererstarteten Industrieherrn abgewürgt wurde. Wir wissen, daß erst recht nach 1933 durch das Führerprinzip des Nazismus in den Betrieben die Wirtschaftsführer, Wehrwirtschaftsführer und jene Typen, die sich als die

„Böwersten im Bau“

fühlten und entsprechend benahmen, herangezüchtet wurden. Unter einem solchen System war selbstverständlich auch nur die geringste Mitbestimmung illusorisch.

Schon vor Kriegsende und erst recht nach dem totalen Zusammenbruch kehrte in allen Verlautbarungen die Forderung wieder, daß eine wirtschaftliche Neuordnung geschaffen werden müsse, die das unheilvolle Wirken der vergangenen politischen und wirtschaftlichen Machthaber von vornherein ausschalte. Bei den entflochtenen Werken wurde auf Grund des Gesetzes 75 und 27 das Mitbestimmungsrecht auf dem Anordnungswege eingeführt. Das Mitbestimmungsrecht bewährte sich, sicherlich zum Ärger derer, die darauf warteten, daß es in sich zusammenbrach. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, das Mitbestimmungsrecht nun auch nach deutschem Gesetz zu verankern, wurden in fast zweijährigen Verhandlungen verschleppt. Es ist also nicht so, als ob die Gewerkschaften „unvermittelt“ mit Streik oder Arbeitsniederlegung gedroht hätten. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, hierüber im „Sonntagsblatt“, Herausgeber Landesbischof Dr. Hanns Lilje, in Nr. 6/1951 zu lesen:

Sie drängten in ihre alten Positionen

„ . . . Aber als nun gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Mitbestimmung auch die Neuordnung der Montanindustrie zwischen Deutschland und den

Alliierten besprochen wurde, hofften die Unternehmer vielleicht, die in ihre alten Positionen drängten und die sich bei der allgemeinen Rüstungslage wieder etwas stärker fühlten, bei dieser Gelegenheit die Interimsordnung der Siegermächte von damals wieder zu revidieren und die Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an Kohle, Stahl und Eisen in den allgemeinen Topf der Mitbestimmung zu werfen, der gerade unter trübem, spärlichem Feuer gekocht wurde. Lebhaft war noch die Erinnerung an die heftige Debatte über die Sozialisierung des Bergbaues nach dem ersten Weltkrieg, wo der Ansturm der Arbeiter geschickt mit dem Betriebsrätegesetz und dem Kohlenrat aufgefangen werden konnte. Schon der Verdacht eines solchen Ablenkungsmanövers, mag er nun berechtigt gewesen sein oder nicht, brachte die Gewerkschaften in Harnisch. Sie bliesen Sturm und konnten alle Getreuen hinter sich sammeln, um so mehr, als einige psychologische Ungeschicklichkeiten von der Gegenseite auch wieder geschickt ausgenutzt werden konnten. Mit dem Schlachtruf, sie wollten nur die Errungenschaften der letzten Jahre sichern, stürmten sie gleich die ganze Festung — und die Mauern stürzten tatsächlich ein wie beim Tone der Posaunen von Jericho.“

Auf Grund der Geschlossenheit und Entschlossenheit der organisierten Arbeitnehmerschaft,

auf Grund der überwältigenden und fast 100prozentigen Ergebnisse der Urabstimmung und der Kündigungsaktion kam es zu einer Einigung. Hatte noch auf der Funktionärkonferenz der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, die nach der Urabstimmung stattfand, eine gewisse oppositionelle Haltung in der Frage „Kündigung oder Streik“ bestanden, so wurde auf der zweiten Funktionär-Konferenz aller entflochtenen Werke, die am 27. 1. 1951 in Bochum stattfand, einmütig herausgestellt, daß mit Erfolg eine erste Bresche geschlagen sei. Es wurde folgende Entschliebung veröffentlicht:

„Die am 27. Januar in Bochum tagende Konferenz der Betriebsräte der eisen- und stahlerzeugenden Industrie unterstützt den Beschluß des Vorstandes und des Beirates der IG. Metall für die Bundesrepublik Deutschland vom 26. Januar, mit welchem zu dem Ergebnis der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Adenauer geführten Besprechungen Stellung genommen wurde. Danach ist die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte in allen Werken der stahl- und eisenerzeugenden Industrie gesichert. Ebenso sollen, entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften und der Belegschaften in allen diesen Werken Arbeits-

direktoren mit Sitz und Stimme im Vorstand bestellt werden.

Diese Forderungen waren das Ziel der zum 1. Februar beschlossenen Arbeitsniederlegung. Wenn die Zusagen des Kanzlers, diese Vereinbarungen als Gesetzentwurf dem Bundestag und dem Bundesrat beschleunigt vorzulegen, erfüllt werden, und derselbe durch das Parlament zum Gesetz erhoben wird, besteht keine Notwendigkeit mehr, die angekündigte Arbeitsniederlegung wirksam werden zu lassen. Die versammelten Betriebsräte nehmen den Beschluß des Beirates zur Kenntnis, der den Vorstand der IG. Metall bevollmächtigt, den Kampf zu gegebener Zeit als beendet zu erklären."

Jetzt ist die erste Bresche geschlagen!

Sie soll uns nicht zu einem billigen Triumph verleiten. In Anbetracht der noch vor uns liegenden Kämpfe ist es notwendig, rückblickend festzustellen: **Keine Infamie und Verleumdung** war den Gegnern der Mitbestimmung zu niedrig und zu dumm, um sie als Beeinflussungsmoment gegen die Mitbestimmung zu verwenden. Es war bezeichnend für die innerpolitische Situation, daß der „Rheinische Merkur“ ein Anti-Streikgesetz forderte, daß „Die Zeit“ erklärte, durch nichts werde die heutige Situation schärfer gekennzeichnet als durch die Tatsache, „daß es möglich sein könnte, auf Grund einer demokratischen Verfassung alle leitenden Funktionäre des DGB außerhalb der Gesetze zu stellen“. Andere Blätter versuchten es mit plumpen Denunziantenmethoden bei den Besatzungsmächten. So schrieb „Der Volkswirt“, Wirtschafts- und Finanz-Zeitung: „Immer wieder haben maßgebende Vertreter der britischen Regierung erklärt, daß keine andere politische Gruppe in so hohem Maße ihr volles Vertrauen genieße wie die westdeutschen Gewerkschaften. Mögen sich die Alliierten vorsehen, daß sie ihre Sympathie hier nicht etwas zu weit auf kollektivistische Ziele richten.“ Dar-

über hinaus wurde geflissentlich und eifrig eine amerikanische Einzelstimme propagiert, nach der die amerikanische Industrie es sich überlegen müsse, ob sie einer deutschen Wirtschaft, die im Zeichen der Mitbestimmung stehe, irgendwelche Kredite geben könne — eine Stimme, gegen die die amerikanischen Gewerkschaften sofort einen außerordentlich scharfen Protest einlegten.

Daß allen diesen Elementen der Erfolg versagt blieb, darf uns nicht dazu verleiten, ihnen mit Nachsicht zu begegnen und ihr sabotierendes Treiben zu tolerieren!

In diesem Zusammenhange ist als sehr bedauerlich festzustellen, daß die DAG sich mit dem Vorgehen der IG. Metall bzw. des DGB nicht solidarisch erklärte, sogar auf einem Werk Flugzettel verteilen ließ, daß sie gegen die Position der Arbeitsdirektoren sei — wenn auch demgegenüber in unserem Werk festzustellen war, daß auch die DAD-Mitglieder sich einmütig an der Urabstimmung und an der Unterstriftleistung beteiligten. Die DAG selbst lag also durchaus verkehrt. Auch daran wollen wir denken.

Die erste Bresche ist also geschlagen, eine Bresche, durch die ein demokratischer Zug endlich auch in die Wirtschaft Eingang finden wird. Die bekannte Schweizer „National-Zeitung“ schreibt von einer „beinahe revolutionären Neuordnung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, wie sie unseres Wissens noch kein anderes Land kennt und die nicht nur für die deutsche Wirtschaft, sondern auch für die deutsche Innen- und vielleicht sogar Außenpolitik von größter Bedeutung ist.“

Trotz des Erfolges also: äußerste Wachsamkeit und gewerkschaftliche Disziplin bleiben weiterhin das Gebot der Stunde!

Dortmund, 14. 2. 1951. Gustav Schwenk e.

Wie sie es sehen:

Die Diskussion um die Mitbestimmung

Der dem Bundestag vorliegende Gesetzentwurf hat in seinem ersten Teil (§ 1) folgenden Wortlaut:

Die Arbeitnehmer haben ein Mitbestimmungsrecht in den Aufsichtsräten und in den Vorständen nach Maßgabe dieses Gesetzes in

- a) den Unternehmen des Steinkohlen-, Braunkohlen- und Eisenerzbergbaues, sofern der überwiegende Betriebszweck des Unternehmens in der Förderung von Steinkohle, Braunkohle oder Eisenerz liegt, sowie
- b) den Unternehmen der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, deren Neuordnung durch Bildung „einer Einheitsgesellschaft“ auf Grund des Gesetzes Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission vom 16. Mai 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, S. 299) oder durch eine an deren Stelle tretende andere Lösung erfolgt oder erfolgt ist.

Der zweite Teil handelt über die Zusammensetzung der Aufsichtsräte. Für den in der Regel elf Mitglieder zählenden Aufsichtsrat werden von Seiten der Aktionäre fünf Vertreter und durch die Gewerkschaften und Arbeiter und Angestellten ebenfalls fünf Vertreter benannt, von denen zwei Betriebsangehörige sein sollen. Der elfte Mann wird auf Mehrheitsvorschlag beider Gruppen im Aufsichtsrat der Hauptversammlung zur Wahl vorgeschlagen.

Kommt eine Mehrheit über den vorzuschlagenden elften Mann nicht zustande, so entscheidet über den Vorschlag ein besonderer Senat.

Im dritten Teil des Gesetzentwurfes (§ 10) heißt es, daß „als gleichberechtigtes Mitglied des Vorstandes ein Arbeitsdirektor bestellt“ wird. Der Arbeitsdirektor kann nur mit Zustimmung der Arbeitnehmerseite berufen oder abberufen werden.

Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen mit Zweidrittel-Mehrheit — also mit acht Stimmen — gewählt und können nur mit Zweidrittel-Mehrheit abberufen werden.

In dem Entwurf, der zwischen den beiden Verhandlungsparteien ausgearbeitet wurde und der dem gegenwärtigen Initiativentwurf der Regierung zugrunde liegt, hieß es, daß das Gesetz für Unternehmen, die „mehr als 300 Arbeitnehmer beschäftigen“, gelten solle. In dem Entwurf der Bundesregierung wurde diese Zahl auf „1000 Arbeitnehmer“ erhöht. Gegen diese Änderung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund protestiert. Kurz vor der ersten Lesung des Gesetzes haben sich die Sozialpartner dahingehend geeinigt, daß von dem Gesetz „alle nennenswerten Betriebe“ betroffen werden sollen.

Um den Kolleginnen und Kollegen ein Bild von der Heftigkeit, mit der der Kampf um das Mitbestimmungsrecht immer noch geführt wird, zu geben, greifen wir uns aus der Fülle der Veröffentlichungen einige besondere Verlautbarungen nachstehend heraus.

Eine erste Bresche ist geschlagen

Unter dieser Überschrift schreibt der Vorsitzende des DGB Dr. h. c. Hans Böckler in der Zeitung der IG. Metall vom 7. Februar 1951:

„... Nach dem Erlaß dieses Gesetzes werden die Aufsichtsräte in den beiden Grundstoffindustrien künftig paritätisch besetzt sein. Außerdem erhält jeder Betrieb einen Arbeitsdirektor als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied. Damit ist in der Stahl- und Eisenindustrie und im Bergbau ein erster Schritt auf dem Wege zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft getan. Die übrigen Wirtschaftszweige werden folgen müssen.

Wir wissen: es war für viele nicht leicht, ein Arbeitsverhältnis, das zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre und länger bestanden hat, zu kündigen. Nahezu 200 000 Menschen in der Stahl- und Eisenindustrie haben dennoch diesen Schritt getan, und weitere Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten des Bergbaues waren bereit, ebenfalls die Arbeit niederzulegen, wenn ihnen ihr Recht noch länger verweigert worden wäre.

Namens der deutschen Gewerkschaften spreche ich als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes allen, die zum Kampf entschlossen waren, Dank und Anerkennung aus.

Einen besonderen Dank aber vor allem jenen Frauen, die nicht zögerten, die Notwendigkeit des Kampfes um Recht und Gerechtigkeit anzuerkennen. Zusammen mit ihren arbeitenden Männern, Schwestern und Brüdern haben sie endlich erreicht, wofür mehr als ein halbes Jahrhundert gekämpft und geopfert wurde.

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß es den arbeitenden Menschen und ihren Familien nur in enger Verbundenheit mit den Gewerkschaften möglich ist, einen sozialen Fortschritt in den Betrieben, in der Wirtschaft und im Gesellschaftsleben zu erreichen...

Die Einigung

Unter dieser Überschrift erklärt das „Handelsblatt“, Düsseldorf, in seiner Ausgabe vom 29. 1. 1951:

Im Augenblick kommt es nicht darauf an, daß die beiderseitigen Mitbestimmungsexperten sich auf die Regelung stürzen und sie erbarmungslos zerpfücken. Abgesehen davon, daß der volle Überblick noch fehlt, ist schon genug Porzellan zerschlagen worden. Beide Partner haben jedenfalls, das ist klar erkennbar, in Teilen nachgegeben, damit ihren Verständigungswillen bekundet und einen Kompromiß ermöglicht. Das Mitglied des DGB-Vorstandes vom Hoff hat kürzlich vor der Evangelischen Akademie betont, daß die Gewerkschaften einen Erfolg in der Mitbestimmungsfrage nicht als einen Sieg, sondern als den Beginn einer echten Zusammenarbeit betrachten würden. Dies sollte ein ganz entscheidender Gesichtspunkt sein. Die Einigung ist zwar äußerlich unter dem Druck einer Streikdrohung erfolgt, würde sie aber nicht von beiden Seiten auch innerlich als tragbar anerkannt werden — ein Kompromiß löst nur selten helle Begeisterung aus — so würden binnen ganz kurzer Zeit nachhaltige Rückschläge eintreten müssen und möglicherweise eine ähnliche Situation wie die gegenwärtige heraufbeschworen werden...

Kein Streik — aber kalte Sozialisierung

Unter dieser Schlagzeile schreibt der „Industrie-Kurier“ — Düsseldorf vom 20. 1. 1951:

Man ist sich in Bonner Kreisen der Regierungskoalition wohl darüber klargeworden, welche Schlappe die Bundesregierung eingesteckt hat. Denn wenn auch Minister Storch mit der überraschenden Erklärung vor die Bundestagsausschüsse für Arbeit und Wirtschaftspolitik getreten ist, die Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie sei von dem allgemeinen Betriebsverfassungsgesetz, das zur Zeit in den zuständigen Bonner Ausschüssen beraten wird, ausgenommen, so widerspricht die Regelung für die genannten Grundstoffindustrien, wie sie zu erwarten steht, dem allgemeinen Regierungsentwurf grundsätzlich insofern, als dieser keine Mitbestimmung auf innerbetrieblicher Basis von Gewerkschaftsfunktionären vorsieht.

Wie immer in der Geschichte haben sich die Arbeitnehmer auch diesmal durch die Gewerkschaften ihr Recht erringen müssen.

Daneben beseelt die arbeitenden Schichten der ernste Wille, dem Kapital mindestens gleichgestellt zu werden. Denn die Arbeitskraft ist die Quelle allen Wohlstandes in der Welt. Sie allein vermag Kapital zu erzeugen, und sie ganz allein muß es beleben, um es überhaupt wirksam werden zu lassen.

Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften, wie man ihnen böswillig unterstellt, bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern, sondern vor allem die Erkenntnis, daß der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt mißbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muß...

Nächstes Ziel aber soll die Neuordnung auch aller anderen Teile unserer Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes, innerbetrieblich sowohl als auch auf der mittleren und höheren Ebene, sein.

Wir stehen am Anfang einer neuen Wirtschaftsverfassung. Wir, die Gewerkschaften, sind uns der ganzen Verantwortung bewußt, die wir mit unserem Verlangen und mit dieser Regelung auf uns genommen haben.

Hochwertige Menschen, ausgerüstet mit bestem Können und aufrechtem Charakter, werden wir als Vertreter in die Aufsichtsräte und Vorstände der Unternehmungen entsenden.

Das letzte Ziel aber, dem all unsere Anstrengungen gelten, muß sein, die Produktion und die Lebensmöglichkeiten des gesamten Volkes zu verbessern...

Der Anfang ist gemacht! Im Vertrauen auf die Kraft unserer großen und starken Organisation und in der Gewißheit, daß das Recht auf unserer Seite ist, blicken wir in die Zukunft!

Wenn diese Streikdrohung letzten Endes bewiesen hat, daß sie von vornherein vermeidbar war, so scheint durch die letzten Ereignisse noch etwas anderes dringlicher als je geworden zu sein: die Bildung einer gesetzlich verankerten und fest umrissenen Plattform, auf der sich die Sozialpartner zur Behandlung gemeinsamer Fragen treffen können. Man nenne sie, wie man will, Wirtschaftsrat oder Gemeinschaftsausschuß oder sonstwie. Es ist kein erfreulicher Zustand, und mit einem rechtsgeordneten Staatswesen nur schwer vereinbar, daß Organe mit Vereinscharakter, denen die sprachliche Gewohnheit die Bezeichnung „Sozialpartner“ verleiht, über grundlegende Fragen unseres Gemeinschaftslebens, noch dazu unter Ausschluß der Öffentlichkeit, beraten, verhandeln und vorbereitende Entscheidungen treffen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die nächste Aufgabe weniger, das sogenannte Betriebsverfassungsgesetz als Grundlage der betrieblichen Mitbestimmung zu formen, sondern vielmehr einen Bundeswirtschaftsrat als Voraussetzung weiterer Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern zu schaffen. Das scheint um so notwendiger zu sein, als den Gewerkschaften als Repräsentation der Arbeitnehmer keine ähnlich einheitliche Organisation der Unternehmer gegenübersteht.

Wenn Dr. Böckler in der „Welt der Arbeit“ verkündet: „Nun gilt es!“, dann wissen einsichtige Bonner Politiker, die sich keine Diktatur wünschen, wie sie auch gestaltet sei, wie gefährlich diese „Eroberung der Ruhr“ durch die Gewerkschaftsfunktionäre nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch sein kann.

Es ist an dieser Stelle schon klar gesagt worden, daß der Streik nicht um die Mitbestimmung an sich geht, sondern daß machtpolitische Ziele dahinter stecken. Man ist sich nämlich in Bonn darüber klar: die Frage der Mitbestimmung ist praktisch nicht ohne die gleichzeitige Regelung der Eigentumsverhältnisse zu klären. Die Tendenzen bei den Verhandlungen in Bonn gehen dahin, in den Aufsichtsräten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite paritätisch zu beteiligen, darüber hinaus aber auch die öffentliche

Hand einzuschalten, mit anderen Worten, das durch Gesetz Nr. 27 der Alliierten in der eisenschaffenden Industrie gegebene Modell soll auch auf den Bergbau ausgedehnt werden. Daß dabei die paritätische Beteiligung der Gewerkschaften mit Hilfe von Vertretern der öffentlichen Hand zu einer Mehrheit zugunsten der Gewerkschaften führt, kann kaum bezweifelt werden. Damit wäre also die Sozialisierung der Ruhr erreicht, ein Erfolg, den sich eine Regierung Adenauer wohl kaum zum Ziele gesetzt haben kann.

Ein gefährlicher Präzedenzfall

In der gleichen Ausgabe des „Industrie-Kurier“ heißt es unter dieser Überschrift:

Der rechtswidrige Vorstoß der Gewerkschaften läßt sich daher in keiner Weise mit einem Notstand begründen. Ein Notstand des ganzen Volkes aber wäre zweifellos die Folge gewesen, wenn nicht die Streikdrohung schließlich hätte abgewandt werden können. Deshalb hat der Bundeskanzler vermittelnd eingegriffen und staatsrechtliche Bedenken gegen das Vorgehen der Gewerkschaft beiseite geschoben. Um des lieben Friedens willen, den wir, weiß Gott, nötig haben, sind ihm wohl auch die Unternehmer in ihrer Mehrzahl auf seinem Wege gefolgt, obwohl auch ihnen bewußt

Gesetzgebung nach Gewerkschaftsdiktat

In seiner Ausgabe vom 27. Januar 1951 schreibt der „Industrie-Kurier“ unter obiger Überschrift:

Man soll hier nichts beschönigen. Was sich ereignet hat, ist ein revolutionärer Akt, ist ein Einbruch in das System der demokratischen Verfassung, ist eine Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte des eigentlichen Souveräns der Republik: der Volksvertretung. Das wollten die DGB-Funktionäre. Sie haben in ihrem Organ den Thomas Münzer, den Anführer und Aufrührer aus dem Bauernkrieg beschworen: „Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist.“

Das ganze Verfahren wird hell dadurch beleuchtet, daß sich der Bundeskanzler den Gewerkschaften gegenüber verpflichtet mußte, den Gesetzentwurf bis zum 30. Januar, also binnen dreier Arbeitstage, dem Parlament vorzulegen, und daß er sich auch persönlich für die Annahme des gewerkschaftlichen Diktats im Bundestag und Bundesrat einzusetzen hat. Es gab eine Zeit, in der es hieß: „Die Partei befiehlt dem Staat.“ Wir haben aus dieser Zeit offenbar wenig gelernt, denn heute befiehlt die Gewerkschaft dem Staat, und die verantwortlichen Staatslenker unterwerfen sich dem Funktionärsbefehl. Einem Befehl, dessen Verfassungswidrig-

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Fraktionen der CDU und SPD zusammen diesen Entwurf mit Mehrheit im Bundestag durchdrücken werden. Welche Folgen eine solche Situation für die Regierungskoalition haben, d. h. welche Konsequenzen die Freien Demokraten und die Deutsche Partei daraus evtl. ziehen müßten, wird sich zeigen.

... So stellt sich die Frage, was eine ernstere Situation geschaffen hat: die Vermeidung des Streiks oder das Eingehen auf die Machtwünsche der Gewerkschaften.

war, welche gefährliche schiefe Ebene damit beschritten wurde. Man scheute zurück vor der Eventualität des Streiks, dem indessen auch die Gewerkschaften keineswegs mit leichten Herzen und frohem Kampfesmut hätten entgegensehen können.

Wie dem aber auch sei, in Zukunft wird nicht nur die Regierung, sondern hoffentlich auch ein Bundesverfassungsgericht als dritter wichtiger Faktor unseres politischen Lebens dafür sorgen, daß die rechtliche Grundlage des Staates nicht gefährdet und ein rechtswidriger Angriff auf den Staat, wie er mit der Streikdrohung der Gewerkschaften versucht wurde, im Entstehen verhindert wird. Geschieht das nicht, dann hülfe auch kein neues Republikenschutz-Gesetz.

keit vom Bundeskanzler selbst in aller Form festgestellt worden ist . . .

Es scheint uns eine Naivität zu sein, und zwar eine größere, als man sie einem verantwortlichen Politiker zuzumuten darf, zu glauben, daß mit der Mitbestimmungsregelung für Kohle und Eisen kein Präjudiz für die übrige Industrie geschaffen sei. Wenn daher der Bundeskanzler in einem Schreiben an den Bundesverband der Deutschen Industrie erklärt, ein maßgebender DGB-Vertreter habe ihm erklärt, daß nach den Verhandlungen über Kohle und Eisen „ein neues Gespräch“ über die Mitbestimmung in der gesamten übrigen Industrie beginnen soll, so ist der Verlauf dieses Gesprächs wirklich nicht schwer vorauszusehen.

Das also ist der Tatbestand, der am Donnerstag von der Regierung und den Arbeitgeber-Vertretern anerkannt wurde: die Regierung mußte sich der revolutionären Methode des DGB beugen, die Unternehmer aber die materiellen Forderungen der Gewerkschaften anerkennen . . .

Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte die Lage im Dezember schon ganz richtig erkannt: die Streikpolitik führt zu einem staatsrechtlichen Konflikt. Schlimmer noch, zur kalten Revolution. Soweit sind wir heute, im Januar.

Die Lawine rollt

Unter dieser Überschrift erklärt der Pressedienst des Unternehmensverbandes am 30. Januar 1951:

Ein Montan-Monopol von zuvor nie gesehener Größe werde heute errichtet. Durch alle Gesellschaften und Unternehmen hindurch werde über die Aufsichtsräte der Einfluß der Gewerkschaften erreicht. „Sie haben damit eine Kommandogewalt, wie sie sich keiner der großen Wirtschaftspioniere an Rhein und Ruhr je zu erträumen getraut hat: sie sind mehr wie Krupp, Stinnes, Thyssen, Vöglers und Flick alle zusammen, sie sind die neuen Herren an Rhein und Ruhr.“

Die „Westfälische Rundschau“, Dortmund, schreibt dazu in ihrer Ausgabe vom 3. Februar 1951:

„Nun, wir antworten: Dort, wo noch nicht begriffen ist, daß zwischen Macht und Einfluß eines einzelnen Industriemagnaten und der Beteiligung des schaffenden Volkes in der Wirtschaft ein himmelweiter Unterschied ist, nicht nur in der Machtverteilung, sondern auch in der Zielsetzung, der hat den Boden der geistigen Wandlung, auf die es heute ankommt, noch nicht beschritten. Und wer dieser Wandlung ausweicht, fordert über kurz oder lang die Revolution heraus, die soeben vermieden wurde.“

Die Gewalt hat über das Recht triumphiert

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für privaten Wertpapierbesitz, Staatssekretär a. D. Schmid, Düsseldorf, nahm im „Handelsblatt“, Düsseldorf, am 5. Februar 1951 zu den jüngsten Vorgängen folgendermaßen Stellung:

„Die weiten Aktionärkreise, deren Wortführer ich bin, haben in der Frage des Mitbestimmungsrechtes immer eine ausgleichende Haltung eingenommen. Die sog. Bonner Kompromißlösung für die entflochtenen Montangesellschaften geht über die von uns empfohlene mittlere Linie weit hinaus und bedeutet einen nicht wegzudiskutierenden radikalen Eingriff in die privaten Eigentumsrechte. Wir Aktionäre sind das Opfer eines übermächtigen politischen Ansturms geworden und haben bei der Bundesregierung nicht den Schutz gefunden, der durch das Grundgesetz dem privaten Eigentum gewährleistet wird. Die Gewalt hat über das Recht triumphiert. Man hat im Verlauf der Verhandlungen die

Eigentümer selbst nicht gefragt und darf daher auch kein freudiges Bekenntnis zu dem Resultat von ihnen erwarten.

Trotzdem haben wir nicht die Absicht, die auf der politischen Ebene getroffenen Entscheidungen irgendwie zu sabotieren. Unsere Zielsetzung bleibt nach wie vor positiv. Wir werden dahin wirken, daß die uns verbleibenden Positionen mit den sachkundigsten und lebenserfahrensten Persönlichkeiten besetzt werden, die überhaupt aufzutreiben sind. Ein Wettbewerb der verschiedenen Gruppen in bezug auf die persönliche Auslese für die Aufsichtsräte und die Verwaltungen der neuen Montangesellschaften muß entfesselt werden. Nur wenn es auf dem jetzt beschrittenen Weg letzten Endes gelingen sollte, hervorragende Köpfe an die Spitze zu bringen und eine verstärkte Basis für eine rentable Geschäftsführung der Gesellschaften zu schaffen, wird die Bonner Lösung sich über die Periode der Besatzungseingriffe hinaus behaupten.“

Signal zum Sammeln

Unter dieser Überschrift schreibt der „Industrie-Kurier“ in seiner Ausgabe vom 1. Februar 1951:

„... Unbestreitbar ist, daß die Einheitsgewerkschaft die Kampftruppe des Sozialismus ist. Sie hat nie ein Hehl daraus gemacht und bekämpft die soziale Marktwirtschaftspolitik ganz offen, obwohl sie sich zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet hat. Die Gewerkschaftsaktion hat erwiesen, daß die Parteien und der Staat dem DGB gegenüber zu schwach sind. Sie haben Front gegen den Staat und gegen die Demokratie bezogen. So kann es nicht weiter-

gehen. Die Demokratie ist in äußerster Gefahr und kann auf die Dauer nur gerettet werden, wenn das antisozialistische Lager seine Kräfte zusammenfaßt und entschlossen in die Waagschale wirft. Der Zersplitterung muß ein Ende gemacht werden. Nur ihr verdanken die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften ihren lebensbedrohenden Einfluß. Diese Minderheit weiß, was sie will, geht „kompromißlos“ ihren Weg, hält eiserne Disziplin, nützt jede Chance und unterwirft dadurch die Mehrheit und damit den Staat ihrem Willen... Gegen Terror hilft nur die Bildung einer Einheitsfront.“

Zu neuen Ufern

Unter dieser Überschrift schreibt das evangelische „Sonntagsblatt“, Herausgeber Landesbischof Dr. Hanns Lilje, in seiner Ausgabe vom 11. Februar 1951:

Die Gewerkschaften „rücken nun als Vertreter der Arbeiterschaft in die Mitbestimmung der Betriebe ein, und ihnen fällt damit zum ersten Male auch voll und ungeteilt die Verantwortung für die Betriebe zu. Das ist eine gewaltige Aufgabe, und wir erhoffen gerade von den Gewerkschaften, daß sie an dieser Aufgabe und mit dieser Verantwortung wachsen werden.

Sie werden sich mit den Unternehmern „zusammen raufen“, und das gemeinsame Interesse der Betriebsführung, die gemeinsame Verantwortung wird sie für ihre Interessen gegenüber anderen Wirtschaftszweigen oder anderen Einflüssen vertreten lassen, wie wir das schon so eindrucksvoll an den Demontagen und bei der Entflechtung er-

lebt haben, und wie wir das künftig am Schumanplan und ähnlichen internationalen Kombinationen erleben werden. Der Arbeiter im Bergwerk wie in der Eisenhütte wird das Gefühl haben, daß er nun auch für sein eigenes Werk arbeitet, und es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Arbeitsfreude zu steigern. So wie früher der Kapitalist sein Kapital, so wie die Unternehmer ihre Fähigkeiten und Kenntnisse, die alten Eigentümer die Anlagen und Maschinen, so bringen die Arbeitervertreter die Arbeitskraft und das Können als gleichberechtigte Partner in eine neuartige Gemeinschaft ein.

Die große Verantwortung, die den Gewerkschaften mit dieser neuen Entwicklung zufällt, ist aber die Heranbildung einer führenden Schicht aus der Arbeiterschaft selbst, die in der Lage sein wird, diese Mitbestimmung und Mitverantwortung gleichberechtigt neben den Unternehmervetretern zu tragen.

Das neue Jahr findet uns gerüstet!

Dr. Hans Böckler schreibt im Funktionärorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Die Quelle“ (Januar 1951):

Als die deutschen Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zum zweiten Male in der deutschen Geschichte das durch die Reaktion und ihre Nutznießer in maßloses Elend geführte deutsche Volk aufriefen zur Arbeit für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes, waren wir uns nicht im Zweifel darüber, daß wir damit eine Aufgabe voll außerordentlicher Schwierigkeiten, die zu überwinden es jahrelanger Anstrengungen bedurfte, übernahmen. Nicht weniger aber waren wir uns darüber im klaren, daß unsere Arbeit von seiten aller jener Engstirnigen, die in der Erhaltung der bestehenden Ordnung die Sicherung ihrer privaten Interessen sehen, nur so lange gebilligt und anerkannt würde, als sie glaubten, daß sie ihnen zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele nützlich sei. Unsere Erwartungen haben sich vollauf bestätigt. Fünf Jahre nach dem Ende der Kriegshandlungen trägt unser Volk noch immer schwer an den Lasten des Krieges und seiner Folgen, und die außerordentliche, disziplinierte und selbstlose Arbeit der Gewerkschaften für den Wiederaufbau, das unbezweifelbare Verdienst, das sie sich um unser Volk erwarben, soll nicht mehr gelten, weil es gewissen Kreisen von Unternehmern und Interessenten nicht mehr in den Kram paßt. Mehr und mehr steigert sich ihre Kritik der Gewerkschaften, ihre Unsachlichkeit, Lüge und Verleum-

dung. Wachsender Widerstand rückwärts gerichteter Kräfte gegen eine konstruktive Neuerung unserer Gesellschaft kennzeichnet die innenpolitische Situation am Jahresende.

Wir haben diesen Widerstand erwartet. Er findet uns gerüstet. Die Gewerkschaften werden ihre Forderung nach der Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft gegen jeden Widerstand durchsetzen, ob die soziale Entwicklung in Deutschland rückwärts gedreht oder zum Stillstand gebracht werden soll oder ob es gelingt, Grundlagen für eine neue gerechtere gesellschaftliche Ordnung zu schaffen.

Den sozialen Übeln unserer Zeit ist nicht allein mit einer Regelung des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit beizukommen. Der Krebschaden unserer Gesellschaft ist, daß die Millionen Schaffenden in Stadt und Land ausgeschlossen sind von der Mitbestimmung und Mitverantwortung in der Wirtschaft und damit von jener gesellschaftlichen Funktion, die die Grundlage unserer gesellschaftlichen Existenz überhaupt ist.

Die Gefahr eines neuen Krieges geht wieder um. Er hätte vernichtende Folgen für die Völker. Angesichts dieser Gefahr vereinen wir Gewerkschaftler uns alle in der Überzeugung, daß sie nur überwunden werden kann, wenn die Völker in sozialer Gerechtigkeit und Freiheit leben, und wir werden darum auch im neuen Jahr entschlossen für unsere gewerkschaftlichen Ziele eintreten.

Laßt uns allesamt gute, ja noch bessere Gewerkschafter sein!

Der DGB fordert Mitbestimmung in der gesamten Wirtschaft

In seiner Sitzung vom 29. Januar nahm der Bundesausschuß des DGB. einstimmig die folgende Entschließung an:

1. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Regelung des Mitbestimmungsrechtes in den Unternehmungen des Bergbaus und in den unter Gesetz 27 fallenden Betrieben der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, das in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung niedergelegt ist.
 2. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von Bundestag und Bundesrat, daß der vorliegende Gesetzentwurf unverzüglich verabschiedet wird. Unter dieser Voraussetzung werden die geplanten Maßnahmen am 1. Februar 1951 nicht notwendig.
 3. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erblickt in dem Verhandlungsergebnis lediglich eine Sonderregelung für die vorgenannten Industriezweige und bestätigt erneut die Forderungen des Gewerkschaftskongresses auf Neuordnung der Wirtschaft.
- Der Bundesausschuß erwartet die alsbaldige Regelung des Mitbestimmungsrechtes für die gesamte Wirtschaft auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene einschließlich der öffentlichen Dienste.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Die Jahresversammlung der Schwerbeschädigten der Westfalenhütte wurde vom Schwerbeschädigten-Obmann Karl Ahrens mit einem besonderen Gruß an die erschienenen Gäste, unter ihnen Arbeitsdirektor Berndsen, Betriebsratsvorsitzender Schwentke, Dr. Kirchhoff von der Hauptverwaltung und Abteilungsleiter Disselkamp als Vertreter des Arbeitsamtes, eröffnet.

Die Wahl des Vorstandes wurde von Betriebsratsvorsitzenden Schwentke geleitet. Gegen wenige Stimmen wurde Karl Ahrens als Obmann wiedergewählt. Der übrige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, und zwar die Betriebsratsmitglieder Leo Eilebrecht (als stellvertretender Obmann), August Monin, Albert Pfeiffer, ferner Julius Preuß und Karl Preising. An Stelle des verstorbenen bisherigen Vorstandsmitgliedes Walter Dohle wurde Alfred Tauch, an Stelle des zurückgetretenen bisherigen Vorstandsmitgliedes August Regelman wurde Karl Specht gewählt. Zu Ehren der verstorbenen Kameraden Walter Dohle und Hermann Claas erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen.

Obmann Ahrens wies in längeren Ausführungen auf die für die Schwerbeschädigten geleistete Arbeit hin und betonte vor allem den vorbildlichen Einsatz des Werkes.

Betriebsratsvorsitzender Schwentke überbrachte die Grüße der Betriebsvertretung und wies darauf hin, daß auch die Geschicke der Schwerbeschädigten unlösbar verbunden seien mit der Durchsetzung des Rechtes auf Mitbestimmung. Gerade die Industrie habe die gesteigerte Verpflichtung, möglichst vielen Schwerbeschädigten zu einer gesicherten Existenz zu verhelfen, da die Machthaber

der Industrie, die Wirtschaftsführer und Wehrwirtschaftsführer von der Mitschuld an der Begründung der Herrschaft des Nationalsozialismus und somit am Ausbruch des Krieges nicht freizusprechen seien.

Arbeitsdirektor Berndsen überbrachte die Grüße des Vorstandes und stellte heraus, daß die Westfalenhütte auch in Zukunft alles daransetzen werde, um das schwere Los der Schwerbeschädigten und ihrer Familien durch Arbeitseinsatz und soziale Leistungen zu mildern. Es sei selbstverständlich, daß die Schwerbeschädigten für ihre berechtigten Forderungen und Wünsche stets ein offenes Ohr und eine tätige Hilfe finden würden und erwarten könnten.

Abteilungsleiter Disselkamp begrüßte es als Vertreter des Arbeitsamtes besonders, daß die Westfalenhütte allein im letzten Jahre über 70 Schwerbeschädigte eingestellt habe. Es bedürfe keiner Frage, daß, wenn alle Betriebe sich dem vorbildlichen Verhalten der Westfalenhütte anschließen, kein Schwerbeschädigter mehr ohne auskömmliche Arbeit sein würde.

Der stellvertretende Schwerbeschädigten-Obmann Leo Eilebrecht sprach eingehend über die im vergangenen Jahr vom Vorstand geleistete Arbeit, über die Frage der vorgenommenen Neueinstellungen und der bei ihr gemachten Erfahrungen und über die in zahlreichen Fällen vorgenommenen Umbesetzungen von Schwerbeschädigten, die aus dem Grunde veranlaßt wurden, um jedem Schwerbeschädigten den ihm entsprechenden sicheren Arbeitsplatz zu geben und zu garantieren.

UNSERE JUGEND

In der Jugendausschuß-Sitzung vom 1. Februar 1951 gab der Betriebsratsvorsitzende Gustav Schwentke einen Überblick über die geleistete Arbeit. Er stellte besonders heraus, daß ein gesetzlich verankertes Mitbestimmungsrecht gerade auch die Jugend zu erhöhter Mitarbeit verpflichtet, das um so mehr, als die Jugend einmal das Erbe der alten Gewerkschafter zu übernehmen habe, ein Erbe, das von ihr gehalten und ausgebaut werden müsse.

Bei der Wahl des Jugendausschusses wurde Willi Fige zum 1. Vorsitzenden, Helmut Neukirch zum 2. Vorsitzenden und Kurt Soppa zum Schriftführer gewählt. In dem Ausschuß sind tätig:

für die Hauptverwaltung: die Kollegen Neukirch, Göge, Soppa, Simon, Oberschelp;

für die Betriebe: die Kollegen Fige, Wolf, Freitag, Meier, Lamott und Schütte;

für das Werk Barop: die Kollegen Panatzek und Plätz.

Verteilung der Betriebe:

Koll. Wolf: Hochofen, Zementfabrik, Steinfabrik, Phosphatmühle, Betr.-Werkst. Hochofen, Elektr. Abt.

Koll. Meier: Thomaswerk (Dol. Anl. u. Thomas-Platz), Martinwerk (Schrottplatz), Breitbandwalzwerk, Werkstatt Stockheide, Kaltwalzwerk, M. A. Außenbetriebe (Stockheide Betr.-Werkst.), Dreherei, Schlosserei, Rohrschlosserei, Schmiede, E. W. S.

Koll. Lamott: Walzwerk I, III, IV/V, VIII, Drahtwalzwerk, Zurrichtererei I und II, Trägerlager, Walzendreherei, Blechwalzwerk, M. A. Hochofen (Gaszentrale), M. A. Walzwerke, Betr.-Werkst. Walzwerke, Gleisbau, Eisenbahn.

Koll. Freitag: Auto-Werkstatt, Spezialblechwalzwerk, Preß- und Hammerwerk, Drahtverfeinerung, Kessel-Abteilung, M. A. Stahlwerk, Betr.-Werkst. Stahlwerk, Sattlerei, Bauabt. (Schreinerei), Bauhof.

Koll. Fige: Kesselschmiede, Waggonwerkstatt

Koll. Schütte: Lehrwerkstatt.

Koll. Neukirch: Versuchsanstalt.

Koll. Simon, Neukirch, Göge, Soppa: Hauptverwaltung.

Koll. Panatzek, Plätz: Werk Barop.

Ergänzung der Berufsausbildung durch Gewerkschaftsunterricht

Unser Werk bemüht sich seit Jahren mit großem Erfolg besonders um die Ausbildung der handwerklichen und kaufmännischen Lehrlinge. Außer dem werksseitig erteilten zusätzlichen Fachunterricht erhalten die Jungkollegen unseres Werkes im letzten Lehrjahr zur Ergänzung und Vertiefung des seit dem Jahre 1949 in der Berufsschule eingeführten obligatorischen Unterrichtsfaches „Gewerkschaftskunde“ seit dem 1. Januar 1950 einen gewerkschaftlichen Unterricht.

Nach einem mit dem Bildungssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes festgelegten Unterrichtsplan wird den Lehrlingen und Anlernlingen neben aktuellen Tagesfragen ein Einblick in die Ursachen, Entstehung, das Wesen, den inneren Aufbau und die Organisation, die rechtliche Stellung der Gewerkschaft allgemein und im Betrieb, in die Fragen des Arbeits- und Jugendrechts, die Organisation eines Hüttenwerkes usw. gegeben. Die einzelnen Themen werden von den Unterrichtsleitern behandelt und alle Fragen in oft recht lebhafter Aussprache eingehend geklärt. Für den Unterricht wurde in diesem Jahre auf Anregung des Be-

triebsrates durch den Arbeitsdirektor die doppelte Zeit zur Verfügung gestellt, damit die jungen Menschen erkennen, daß die Gewerkschaftsbewegung aus der heutigen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken, daß sie zu einem der wichtigsten Träger des Volkes geworden ist.

Der Unterrichtsplan bis Ostern sieht folgende Zeiten und Themen vor:

a) Lehrwerkstatt

Drei Gruppen, jeweils dreiwöchentlich, sonnabends von 7—8.45 Uhr im Unterrichtsraum der Lehrwerkstatt

6., 13. und 20. Januar: Die rechtliche Stellung der Gewerkschaft allgemein. (Leitung: Koll. Schuy.)

27. Januar, 3. und 10. Februar: Rechtliche Stellung der Gewerkschaft im Betrieb. (Leitung: Koll. Thiesbrummel.)

17., 24. Februar, 3. März: Ursachen, Entstehung und Wesen der Gewerkschaft. (Leitung: Bildungssekretär Gundlach.)

10., 17., 31. März: Innerer Aufbau und Organisation der Gewerkschaft. (Leitung: Koll. Neukirch.)

b) Kaufmännische Lehrlinge

Eine Gruppe, jeweils wöchentlich, mittwochs von 8—9 Uhr im Konferenzzimmer im alten Verwaltungsgebäude.

10. und 17. Januar: Jugendrecht. (Leitung: Koll. Neukirch.)

24. und 31. Januar: Rechtliche Stellung der Gewerkschaft allgemein. (Leitung: Koll. Schuy.)

7. und 14. Februar: Rechtliche Stellung der Gewerkschaft im Betrieb. (Leitung: Koll. Thiesbrummel.)

21. Februar: Ursachen, Entstehung und Wesen der Gewerkschaft. (Leitung: Bildungssekretär Gundlach.)

28. Februar: Arbeitsrechtsfragen. (Leitung: Gewerkschaftssekretär Claas.)

7. März: Innerer Aufbau und Organisation der Gewerkschaft. (Leitung: Koll. Neukirch.)

14. März: Entwicklungstendenzen der Wirtschaft. (Leitung: Koll. Thiesbrummel.)

21. März: Organisation eines entflochtenen Hüttenwerkes. (Leitung: Koll. Schuy.)

Unfälle im Monat Januar

Im Monat Januar 1951 ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 97 leichte und 1 tödlicher Unfall, auf dem Wege von bzw. zur Arbeitsstelle 20 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschafts-				
	zahl:	leicht:	schwer:	tödlich:	Summe:
Hochofen	593	13 (11)	--(—)	--(—)	13 (11)
Zementfabrik	77	1 (—)	--(—)	--(—)	1 (—)
Thomaswerk	284	3 (3)	--(—)	--(—)	3 (3)
Martinwerk	501	4 (10)	--(—)	--(—)	4 (10)
Steinfabrik	133	3 (—)	--(—)	--(—)	3 (—)
Phosphatmühle	79	1 (1)	--(—)	--(—)	1 (1)
Kaliberwalzwerke	1103	10 (17)	--(—)	--(—)	10 (17)
Blechwalzwerk I/II	380	13 (13)	--(—)	--(—)	13 (13)
Blechwalzwerk Barop	506	8 (13)	--(—)	--(—)	8 (13)
Breitbandwalzwerk	145	2 (1)	--(—)	--(—)	2 (1)
Spez.-Blechwalzwerk	150	2 (3)	--(—)	--(—)	2 (3)
Preß- u. Hammerwerk	109	4 (2)	--(—)	--(—)	4 (2)
Werkstatt Stockheide	48	1 (2)	--(—)	--(—)	1 (2)
Kaltwalzwerk	277	7 (6)	--(—)	--(—)	7 (6)
Drahtverfeinerung	321	4 (1)	--(—)	--(—)	4 (1)
Maschinenabteilung	1267	6 (7)	--(—)	--(—)	6 (7)
Elektr. Abteilung	444	1 (3)	--(—)	--(—)	1 (3)
Mechan. Werkstätten	514	3 (3)	--(—)	--(—)	3 (3)
Eisenbahnbetriebe	846	7 (11)	--(—)	1 (—)	8 (11)
Baubetriebe	449	--(5)	--(—)	--(—)	--(5)
Fahrbetrieb	75	--(—)	--(—)	--(—)	--(—)
Versuchsbetriebe	128	--(1)	--(—)	--(—)	--(1)
Sonstige Betriebe	246	--(1)	--(—)	--(—)	--(1)
Lehrwerkstatt	322	3 (4)	--(—)	--(—)	3 (4)
Sozialbetriebe	216	1 (1)	--(—)	--(—)	1 (1)
Hauptv. u. Betr.-Ang.	1288	--(—)	--(—)	--(—)	--(—)
Summe	10501	97 (119)	--(—)	1 (—)	98 (119)
Wegeunfälle		20 (14)	--(—)	--(—)	20 (14)

Der tödliche Unfall ereignete sich im Eisenbahnbetrieb auf einer Normalspur-Lokomotive. Der Lokführer Karl Buschkamp, 48 Jahre alt, wurde beim Bedienen der Dampfstrahlpumpe, an der das Gehäuse des Rückschlagventils platzte, durch das ausströmende Dampf- und Wassergemisch an den Händen, Armen, im Gesicht und Rücken so stark verbrüht, daß er nach zwei Tagen im Krankenhaus starb.

Die vorgekommenen Unfälle wurden laufend untersucht und die Unfallursachen, so weit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern sofort abgestellt.

Gewerberat Brune untersuchte die tödlichen Unfälle Lichte (Firma Rübenkamp) und Buschkamp (Abt. Eisenbahn).

Dr. Didier von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft besichtigte die Unfallschutteinrichtungen des Werkes Barop und untersuchte den Unfall Buschkamp auf unserem Hüttenwerk. Außerdem besichtigte er die Unfallstellen im Martinwerk und Walzwerk I.

Am 17. Januar 1951 fand eine Besprechung mit den Unfallvertrauensmännern des Hüttenwerkes und am 18. Januar mit den Unfallvertrauensmännern des Werkes Barop statt.

Im Berichtsmonat wurden die Unfallschutteinrichtungen der Abt. Drahtverfeinerung besichtigt.

Betreffs Umlegung des Fahrweges zwischen dem Ringgleis 2 und 3 vom Stellwerk der elektrotechnischen Abteilung und dem Martinwerk wurde mit den zuständigen Abteilungen (Eisenbahn und Fahrbetrieb) eine Ortsbesichtigung vorgenommen. Das Befahren des jetzigen Weges ist mit erheblichen Unfallgefahren verbunden.

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk und von der Berufsgenossenschaft:

Josef Becker, Martinwerk; Erich Jung, Martinwerk; Karl-Heinz Plöger, Werk Barop; Fritz Petring, Werk Barop; Leonhard Buschoff, Werk Barop; Fritz Biermann, Werk Barop; Anton Bolz, Werk Barop.

Wichtig für alle Radfahrer!

Die Verkehrsunfälle nehmen in erschreckendem Maße zu. Die Radfahrer sind in erheblichem Umfang an diesen Unfällen beteiligt. Meist ist der Radfahrer als der „schwächere“ Verkehrsteilnehmer der leidende Teil. Fast jede Woche liest man, daß ein Radfahrer überfahren tot am Wege aufgefunden wurde. Meist handelt es sich dabei um Tragödien, die sich in der Dunkelheit abspielen.

Wie kommen diese Umfälle zustande? Verschiedene Umstände spielen dabei eine Rolle. Der Radfahrer hat in den seltensten Fällen ein selbstleuchtendes Rücklicht, so daß er von dem in gleicher Richtung fahrenden Kraftfahrer nicht oder zu spät bemerkt wird, besonders dann, wenn entgegenkommende Fahrzeuge blenden. Schon helle Kleidung würde in den meisten Fällen genügen, um den Radfahrer den von rückwärts kommenden Fahrzeugen rechtzeitig erkennen zu lassen. Auf dem Wege von und zur Arbeit wird aber fast ausnahmslos dunkle Kleidung getragen. Das ist zwar ein Erfordernis der Umweltsbedingungen unserer rußigen Industrielandschaft, vom Standpunkt der Verkehrssicherheit des Radfahrers und der anderen Verkehrsteilnehmer ist das aber eine Tragik.

Wie kann dem abgeholfen werden? Einmal durch peinlich saubergehaltene Rückstrahler und rückstrahlende Pedale, durch weißen Anstrich des hinteren Schutzbleches, ja zur Not reicht schon ein an den Sattel rückwärts angebundenes weißes Tuch oder helles, kräftiges Papier, wenn nicht helle Kleidung getragen wird. Kein Radfahrer sollte diese Mahnung in den Wind schlagen. Die Frauen, deren Männer mit dem Rad zur Arbeit fahren, sollten nicht eher ruhen, bis ihre Männer sich gegen diese ständig wachsende Gefahr gesichert haben. Schaffe umgehend eine Sicherung, wie vorgeschlagen, an deinem Rad; du hast sonst immer den Tod hinter dir sitzen!

Unfallschutz ist Gemeinschaftsarbeit!

Jeder einzelne muß dabei mitwirken!

Die Entwicklung unserer Betriebskrankenkasse von 1945 – 1949

Besondere Umstände gestatten es erst jetzt, unseren Mitgliedern über die Entwicklung der Betriebskrankenkasse in den Jahren seit dem Zusammenbruch Bericht zu erstatten.

Während die Zeiten vor dem Kriege durch eine stetige und ruhige Weiterentwicklung gekennzeichnet waren, traten in der Kriegszeit bereits erhebliche Schwankungen sowohl in der Mitgliederzahl als auch auf dem Leistungsgebiet und in der finanziellen Entwicklung ein. Das Jahr 1945 brachte dann auch unsere Kasse in die gefährlichste Lage, in der sie seit ihrem Bestehen gewesen ist. Es gelang aber unter Einsatz aller Kräfte, die Kasse ohne fremde Hilfe durch diese besonders schwere Zeit nach dem Zusammenbruch hindurchzubringen.

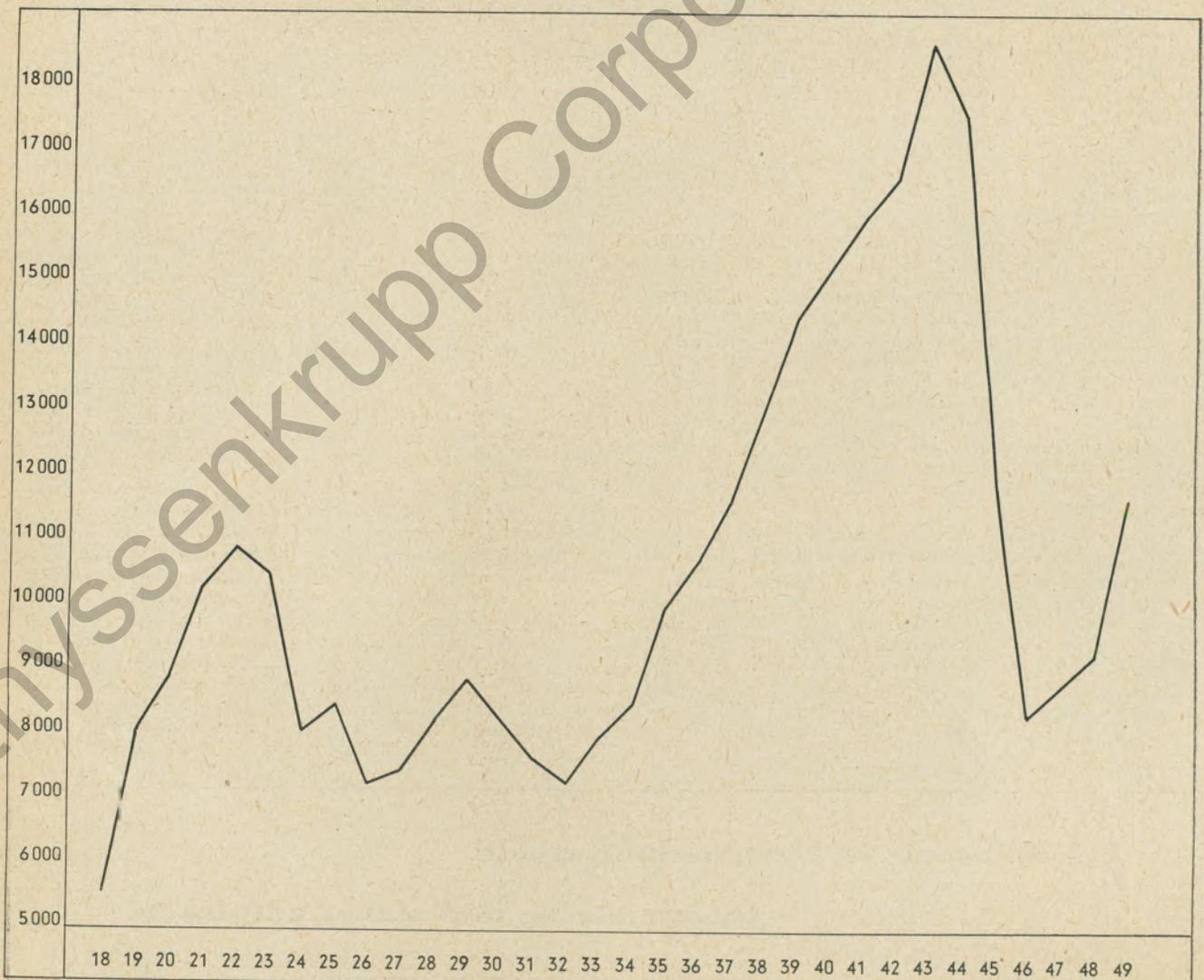
Ehe wir über die Ergebnisse der einzelnen Jahre in großen Zügen berichten, möchten wir nachstehend eine Gesamtübersicht über die Entwicklung von 1945 bis Ende 1949 geben. Der Bericht für 1950 ist in Arbeit und wird anschließend veröffentlicht werden.

Unsere Mitgliederzahl hatte im Januar 1945 mit 18 887 die größte Höhe seit Bestehen der Kasse erreicht. Sie fiel durch das Ausscheiden der Ausländer im Mai 1945 auf

12 894 und durch das Ausscheiden der zur Wehrmacht Eingezogenen im Juli 1945 auf 6584 ab. Der niedrigste Stand wurde im September 1945 mit 6620 erreicht. Im Jahresdurchschnitt 1945 betrug sie 11 665. Das Jahr 1946 brachte mit dem beginnenden Wiederaufbau einen Zuwachs auf 8154. Diese Aufwärtsentwicklung hielt an. 1947 hatten wir 8720, 1948 9326, 1949 11 525 Mitglieder. Die nachstehende Übersicht läßt die Entwicklung der Mitgliederzahl seit 1918 erkennen.

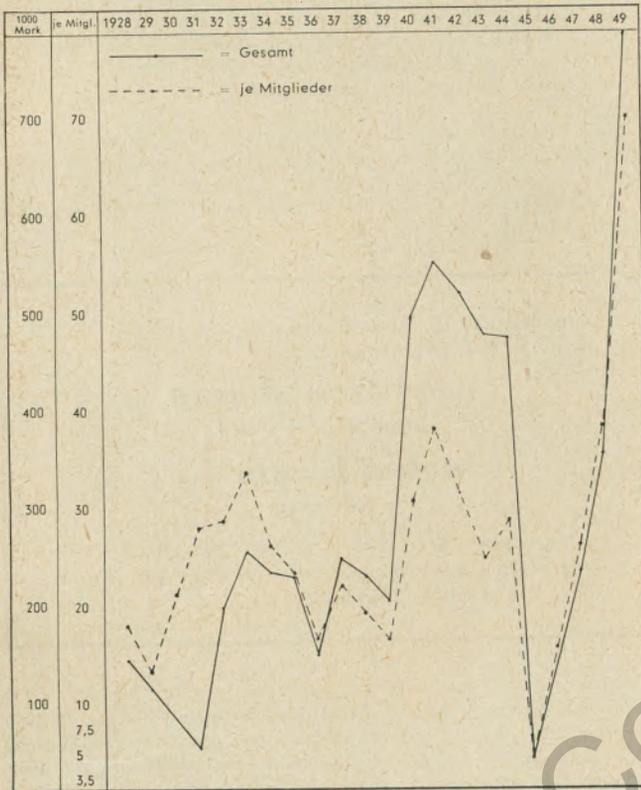
1918	5 583	1929	9 806	1940	15 078
1919	8 222	1930	8 796	1941	15 921
1920	8 928	1931	7 639	1942	16 534
1921	10 282	1932	7 295	1943	18 669
1922	10 843	1933	8 009	1944	18 430
1923	10 649	1934	8 965	1945	11 665
1924	8 198	1935	9 909	1946	8 154
1925	8 456	1936	10 682	1947	8 720
1926	7 271	1937	11 625	1948	9 326
1927	7 542	1938	13 056	1949	11 525
1928	8 280	1939	14 305		

Durchschnittliche Mitgliederzahl



Das Vermögen der Kasse zeigte bis zum Kriege eine allmähliche stetige Aufwärtsentwicklung, die der steigenden Mitgliederzahl entsprach. Die Kassenleitung hat stets dafür gesorgt, daß eine ausreichende Rücklage vorhanden war. Darüber hinausgehende Vermögensansammlungen haben wir vermieden und die Überschüsse lieber in Form von Leistungserhöhungen den Mitgliedern zukommen lassen.

Entwicklung des Vermögens 1928—1949



sen. Die ersten Kriegsjahre brachten bis 1941 eine Steigerung des Vermögens, die bewußt aufgespart wurde, da nach dem Kriege mit erheblichen Leistungen zu rechnen war. Schon die letzten Jahre des Krieges zeigten die Richtigkeit dieser Politik, denn seit 1942 nahm unser Vermögen allmählich ab. Die Katastrophe 1945 brachte die Kasse um beinahe ihr gesamtes Vermögen. Es gelang aber in sehr kurzer Zeit, die nötigen Rücklagen wieder anzusammeln. Die ab 1. Januar 1946 als Notmaßnahme einheitlich festgesetzten Beiträge in Verbindung mit den ebenfalls durch Gesetz stark geminderten Leistungen hatten anschließend eine unbeabsichtigte und nicht erwünschte Ansammlung von Vermögen zur Folge. Seit 1928 entwickelte sich das Vermögen der Kasse wie folgt:

Jahr	Vermögen DM	je Mitgl. DM
1928	149 912,38	18,10
1929	114 376,28	13,25
1930	94 123,42	21,54
1931	59 794,83	27,82
1932	209 486,15	28,72
1933	274 523,64	34,27
1934	248 962,12	27,77
1935	240 322,86	24,15
1936	171 893,36	15,88
1937	268 554,07	23,08
1938	248 874,11	20,68
1939	204 956,41	14,37
1940	479 338,08	31,79
1941	571 400,—	38,81

Jahr	Vermögen DM	je Mitgl. DM
1942	534 266,94	32,31
1943	475 449,01	25,48
1944	475 976,25	28,82
1945	41 028,43	3,52
1946	126 162,72	15,97
1947	233 504,22	27,23
1948	362 900,35	38,91
1949	794 959,61	68,98

Die Einnahmen entwickelten sich entsprechend der Mitgliederzahl bis zur Währungsreform gleichmäßig, stiegen dann aber entsprechend den durch die Teuerung hervorgerufenen Lohnerhöhungen an. Wir nahmen ein:

Jahr	Insgesamt M	je Mitgl. M
1938 z. Vergl.	1 435 170,86	109,93
1945	1 076 384,37	92,35
1946	1 089 437,25	133,61
1947	1 064 692,57	124,15
* 1948	1 404 119,29	150,57
1949	2 123 632,27	184,26

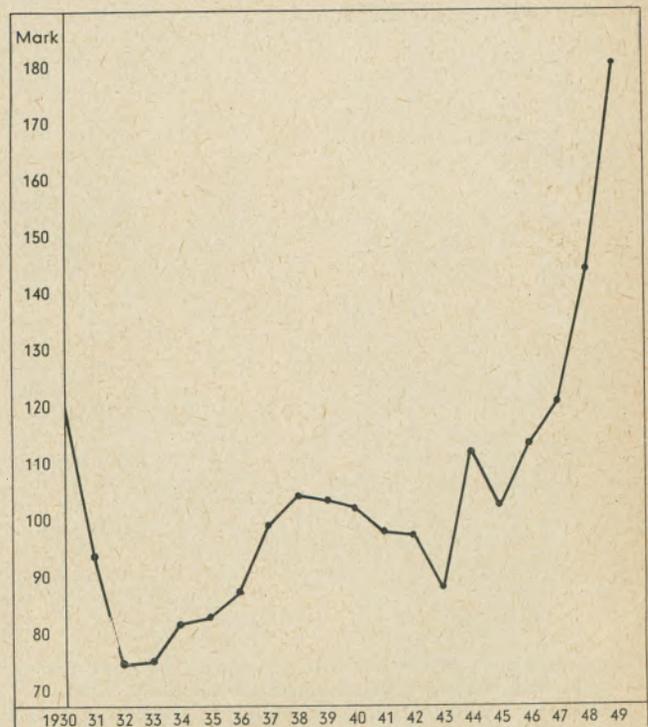
* Ohne Währungsgewinn.

Über die Entwicklung unserer Beitragseinnahmen, gerechnet auf das Mitglied, in den Jahren 1930—1949 gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Beitragseinnahmen je Mitglied 1930—1949:

	Mark		Mark
1930	119,48	1940	105,—
1931	95,65	1941	101,39
1932	77,21	1942	99,19
1933	78,54	1943	90,42
1934	85,07	1944	115,38
1935	86,41	1945	105,42
1936	90,08	1946	116,32
1937	102,98	1947	123,85
1938	107,86	1948	146,58
1939	107,34	1949	182,11

Beitragseinnahmen je Mitglied 1930—1949



KURZNACHRICHTEN

Die Reise ins Bücherland

Am Dienstag, dem 20. Februar 1951, um 17.30 Uhr, veranstaltet die Werkbücherei in ihrem Leseraum einen Abend, der unter dem Leitwort steht

„Die Reise ins Bücherland“ (nach Heimeran)

Besinnliches, Ergötzliches und hier und da Belehrendes. Mit dem Abend — der Eintritt ist frei — ist eine kleine Ausstellung über den Werdegang des Buches von der drucktechnischen und buchbinderischen Seite verbunden. Der Leseraum ist an diesem Tage ausnahmsweise ab 16 Uhr für Lesezwecke nicht zu benutzen.

Der Leseraum

im Hause der Bücherei Oesterholzstraße 123 hat im Monat Januar seit seiner Eröffnung die bisher höchste Besuchsziffer aufzuweisen. Sein Bestand an Büchern, ebenso die Zahl der aufliegenden Zeitungen und Zeitschriften wird ständig vermehrt. Es ist geplant, ab April 1951 eine gut ausgewählte Jugendbücherei zusätzlich aufzustellen, die unsern Kindern vormittags von 9—12 und nachmittags von 14—17 Uhr zur Verfügung stehen soll. In diesem Zusammenhang werden voraussichtlich einmal im Monat Lesestunden für Kinder bis zu 14 Jahren durchgeführt, in denen im Raum der Werkbücherei-Ausleihe vorwiegend Märchen und Heiteres vorgelesen werden. Wir werden noch genaue Ankündigungen folgen lassen.

Anschriftsänderung mitteilen!

Wir weisen auf die Bestimmung unserer Arbeitsordnung hin, nach der jedes Belegschaftsmitglied verpflichtet ist, etwaige Änderungen seiner Anschrift und seines Familienstandes sofort seinem zuständigen Betriebsbüro mitzuteilen.

Büchergilde Gutenberg

Das Buchprogramm des ersten Quartals 1951 ist wieder besonders reichhaltig. Es erscheinen u. a.: Guy de Maupassant „Novellen“, Giovanni Dogigli „Entfesselte Naturkraft“, Aage Gilberg „Mit Lisbet nach Thule“, Irving Stone „Fremd im eigenen Haus“, Ernst Preczang „Ursel macht Hochzeit“, Ernest Hemingway „Wem die Stunde schlägt“.

An Nachdrucken werden erscheinen: Thyde Monnier „Liebe — Brot der Armen“, Josef Maria Frank „Per und Petra“, John Knittel „Therese Etienne“, Lin Yutang „Peking“ Band 1 und 2.

Der Monatsbeitrag zur „Büchergilde“ beträgt für Werksangehörige 1,35 DM, der vom Lohn bzw. Gehalt abgehalten wird.

Auskünfte, Werbematerial usw. bei der Pressestelle, Eberhardstraße 23.

In Ausübung ihres Berufes verunglückten tödlich die Belegschaftsmitglieder

Karl Buschkamp

Eisenbahnabteilung

Stefan Gaworski

Hochofen

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft betrauern ihren Tod und werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Falle die offizielle Meinung von Vorstand und Betriebsvertretung oder von Verlagsleitung und Redaktion dar. Die pressegesetzliche Verantwortung wird voll übernommen. Die gegebenen Auskünfte werden nach gewissenhafter Prüfung erteilt. Rechtsansprüche lassen sich aus ihnen nicht herleiten.

Löhnungstage für das Kalenderjahr 1951

	Art der Zahlung	für die Zeit vom bis		Morgenschicht	Tag-schicht	Mittag-schicht	Nacht-schicht
Januar	Abschlag	1. 1.	15. 1.	25. 1.	25. 1.	25. 1.	25. 1.
	Restlohn	16. 1.	31. 1.	10. 2.	10. 2.	10. 2.	10. 2.
Februar	Abschlag	1. 2.	15. 2.	24. 2.	24. 2.	23. 2.	24. 2.
	Restlohn	16. 2.	28. 2.	10. 3.	10. 3.	9. 3.	10. 3.
März	Abschlag	1. 3.	15. 3.	22. 3.	22. 3.	22. 3.	22. 3.
	Restlohn	16. 3.	31. 3.	10. 4.	10. 4.	10. 4.	11. 4.
April	Abschlag	1. 4.	15. 4.	25. 4.	25. 4.	25. 4.	25. 4.
	Restlohn	16. 4.	30. 4.	10. 5.	10. 5.	10. 5.	11. 5.
Mai	Abschlag	1. 5.	15. 5.	25. 5.	25. 5.	25. 5.	25. 5.
	Restlohn	16. 5.	31. 5.	9. 6.	9. 6.	9. 6.	9. 6.
Juni	Abschlag	1. 6.	15. 6.	25. 6.	25. 6.	25. 6.	25. 6.
	Restlohn	16. 6.	30. 6.	10. 7.	10. 7.	10. 7.	11. 7.
Juli	Abschlag	1. 7.	15. 7.	25. 7.	25. 7.	25. 7.	25. 7.
	Restlohn	16. 7.	31. 7.	10. 8.	10. 8.	10. 8.	11. 8.
August	Abschlag	1. 8.	15. 8.	24. 8.	24. 8.	24. 8.	24. 8.
	Restlohn	16. 8.	31. 8.	10. 9.	10. 9.	10. 9.	11. 9.
September	Abschlag	1. 9.	15. 9.	25. 9.	25. 9.	25. 9.	25. 9.
	Restlohn	16. 9.	30. 9.	10. 10.	10. 10.	10. 10.	11. 10.
Oktober	Abschlag	1. 10.	15. 10.	25. 10.	25. 10.	25. 10.	25. 10.
	Restlohn	16. 10.	31. 10.	10. 11.	10. 11.	9. 11.	10. 11.
November	Abschlag	1. 11.	15. 11.	24. 11.	24. 11.	23. 11.	24. 11.
	Restlohn	16. 11.	30. 11.	10. 12.	10. 12.	10. 12.	11. 12.
Dezember	Abschlag	1. 12.	15. 12.	22. 12.	22. 12.	21. 12.	22. 12.
	Restlohn	16. 12.	31. 12.	10. 1. 52	10. 1. 52	10. 1. 52	11. 1. 52